# echo der arbeit

Krupp Corporate Archives

2/3
3 W 2503 D
FEBRUAR 1961

# Offenheit schafft Vertrauen

*Die offene Darlegung unserer Betriebsverhältnisse – der Sorgen wie der Erfolge – zur umfassenden Unterrichtung aller in unserem Werk tätigen Menschen ist eine schöne Tradition unseres Hauses. Je mehr wir aufeinander angewiesen sind, desto mehr sollten wir voneinander wissen. So soll dieses Heft allen Belegschaftsmitgliedern Kenntnis geben über die Lage unseres Unternehmens, wie sie auf der Hauptversammlung am 28. Januar dieses Jahres dargelegt wurde.*

*Ein so großes Werk wie das unsrige ist nicht mit einem Blick überschaubar, so wie etwa ein Sportplatz von der Tribüne aus. Auf der anderen Seite steht der verständliche Wunsch vieler vieler Mitarbeiter, über den eigenen Arbeitsplatz hinaus mehr von dem großen Rahmen der HOAG und den vielfältigen Zusammenhängen zu erfahren. Wir sind der Ansicht, daß dies sich am besten erreichen läßt durch eine möglichst freimütige Berichterstattung über die Hauptversammlung, weil hier die mannigfachen Probleme, denen unsere Gesellschaft sich gegenübersieht, zur Sprache kommen. Insbesondere die Ausführungen unseres Aufsichtsratsvorsitzenden, Dr. h. c. Fritz Butschkau, geben ausführlich Aufschluß, sie sind zugleich eine Zusammenfassung der technischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung unseres Werkes.*

*Das Geschäftsjahr 1959/60, über das auf der Hauptversammlung Rechenschaft gegeben wurde, war ein gutes. Dies besagt freilich nicht, daß uns der Erfolg in den Schoß gefallen sei. Was dazu an Mühen und Anstrengungen nötig war, hat jeder von uns selbst gespürt. Auch läßt der Ausblick in die nähere Zukunft eine gute Beschäftigung und einen für alle gesicherten Arbeitsplatz erwarten.*

*Früher blieben das Ergebnis der Hauptversammlung, der Geschäftsbericht und die Bilanz dem größten Teil der Belegschaft unbekannt. Aber haben wir nicht alle – Aufsichtsrat, Vorstand, bis zum letzten Mitarbeiter – in guter Verbundenheit zusammengestanden und zusammengearbeitet, um dieses Ergebnis zu erreichen? In diesem Sinne entspringt der Entschluß des Vorstandes, den Jahresabschluß durch die Werkzeitschrift auch der Belegschaft zur Kenntnis zu bringen, der Überzeugung, daß jeder Mitarbeiter, der sein persönliches Geschick mit dem des Werkes verbunden hat, nicht weniger als der Aktionär unterrichtet sein sollte. Es genügt nicht, daß einige wenige Männer an der Spitze sich mit den Sorgen des Wettbewerbs herumschlagen oder sich über Erfolge freuen. Alle Mitarbeiter sollten sich Gedanken darüber machen. Das ist letzten Endes Zweck der vorliegenden Ausgabe.*



**UNSER TITELBILD:** Als sogenannte Reliefbilder dargestellt sind der Hochofen A und der erste der beiden 200-Tonnen-SM-Öfen im Siemens-Martin-Werk II, die beiden größten Investitionsobjekte des Geschäftsjahres 1959/60. Über dieses am 30. September 1960 beendete Geschäftsjahr beschloß kürzlich die Hauptversammlung, jene einmal jährlich stattfindende Versammlung der Aktionäre.

echo der arbeit Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Oberhausen (Rhld.). Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Karl-Heinz Sauerland. Anschrift der Redaktion: Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung), Telefon 24861, Werksruf 4267 u. 2347. Die Zustellung erfolgt kostenlos. Textbeiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar. Druck: VVA-Druck, Vereinigte Verlagsanstalten Oberhausen (Rhld.) und Düsseldorf. Klischees: Vignold, Essen.



## Hauptversammlung 1960

# Zusammenspiel Kapital und Arbeit – die Grundlage unserer Wirtschaft



**Nur knapp zwei Stunden dauerte die diesjährige Hauptversammlung unserer Gesellschaft. Aber der große Werksgasthaus-Saal war an diesem schon zur Tradition gewordenen 28. Januar — übrigens einem Samstagvormittag diesmal — bis auf den letzten Platz gefüllt. Insgesamt 706 Aktionäre und Aktionärsvertreter waren erschienen. Mit rund 2,1 Millionen Stimmen vertraten sie etwa 80 Prozent des Grundkapitals.**

**Bankdirektor Fritz Butschkau, der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, dessen Verdienste um die Stabilität unserer Währung in diesen Tagen von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln durch Verleihung der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet wurden, sprach eingangs zur Lage des Unternehmens. Dann wurden der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht vorgelegt. Einige Aktionäre meldeten sich hierzu zu Wort. Die Abstimmungen erbrachten nur wenige Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen. Die Vorschläge der Verwaltung wurden angenommen. Es wurde beschlossen, aus dem Reingewinn eine Dividende von 12 Prozent auszuschütten. Vorstand und Aufsichtsrat wurden entlastet.**

**Im Namen aller Aktionäre sprach Dr. Franz Haniel, Mitglied der Gründerfamilie, Dank aus an Aufsichtsrat, Vorstand und alle Mitarbeiter für die im vergangenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit. Das erste gemeinsame Geschäftsjahr von Kohle und Stahl habe ein gutes Ergebnis gebracht. Die kurzfristige Vorlage des Jahresabschlusses zeige, daß nach dem endgültigen Zusammenschluß mit Erfolg an der inneren Festigung des Gesamtunternehmens gearbeitet werde. Dr. Haniel schloß mit den Worten: »Wir dürfen zuversichtlich sein, daß sich dieses Streben auch weiterhin zum Nutzen des Unternehmens und aller mit ihm verbundenen Menschen auswirken wird.«**

**Im einzelnen berichten wir im vorliegenden Heft über die Ausführungen von Dr. Butschkau. Der Bericht des Aufsichtsratsvorsitzenden vermittelt ein allgemein gültiges Bild über die Lage des Unternehmens während des vergangenen Geschäftsjahres und gibt gleichzeitig Aufschluß über die derzeitige Geschäftsentwicklung und die weiteren Zukunftsaussichten.**



Aufsichtsratsvorsitzender Dr. rer. pol. h. c. Fritz Butschkau eröffnete wie immer die Hauptversammlung mit einem ehrenden Gedenken an diejenigen Mitarbeiter, die während des abgelaufenen Geschäftsjahres durch den Tod abberufen worden sind. Alsdann hieß er alle Aktionäre oder ihre Vertreter, die Gäste sowie die Vertreter der Presse willkommen. Einen besonderen Willkommensgruß entbot er dem Senior unseres Unternehmens, Dr. Hermann Kellermann, der im vergangenen Jahr seinen 85. Geburtstag feiern konnte. „Vorstand und Aufsichtsrat", so teilte Dr. Butschkau mit, „haben dieser Tatsache dadurch Rechnung getragen, indem sie die ‚Hermann-Kellermann-Stiftung' für unseren Nachwuchs bei Bergbau und Hütte um 500 000 DM auf 1 Mill. DM erhöht haben."

Man habe sich inzwischen schon daran gewöhnt, daß die HOAG als erstes der zum 30. September bilanzierenden Unternehmen von Kohle und Stahl den Jahresabschluß vorlege. Diese Leistung verdiene diesmal eine ganz besondere Anerkennung, da im ersten Geschäftsjahr nach der Verschmelzung von Hütte und Bergbau erhebliche Umstellungen im Rechnungswesen vorauf gegangen seien.

Anerkennende Worte, womit er zugleich den Dank aussprach für eine verdienstvolle und erfolgreiche Arbeit, fand der Aufsichtsratsvorsitzende für Direktor Herbert Heinz, der nach langjähriger Tätigkeit im Vorstand unseres Bergbaus und zuletzt des Gesamtunternehmens aus Gesundheitsgründen um Entlassung aus seinem verantwortungsvollen Amt gebeten hatte. In diesem Zusammenhang stellte er der Hauptversammlung Dr. Kleingrothaus vor, der als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand berufen wurde.

Nachdem er auf die Regularien hingewiesen und festgestellt hatte, daß die Hauptversammlung der Satzung und dem Gesetz entsprechend einberufen wurde, ging der Aufsichtsratsvorsitzende zur eigentlichen Tagesordnung über. In seinem einleitenden Bericht erwähnte er wiederum – wie in den Vorjahren – solche Tatsachen, die in den Sitzungen des Aufsichtsrats besonders diskutiert wurden und die nicht nur für die Aktionäre, sondern auch für die Belegschaft sowie für weite Teile der Öffentlichkeit von Interesse sind.

Zurückblickend stellte er noch einmal fest, daß man sich in den Hauptversammlungen der letzten drei Jahre mit der Wiedervereinigung zwischen Kohle und Stahl im Oberhausener Raum besonders befaßt und die Gründe für die Notwendigkeit der Wiederherstellung des Verbundes eingehend dargelegt habe. Nunmehr sei man durch den freiwilligen Umtausch von Bergbau-Aktien in Stahl-Aktien zu einer vollen Verschmelzung der beiden Unternehmen gelangt. Er betonte noch einmal ausdrücklich, daß diese Wiedervereinigung nicht etwas grundsätzlich Neues geschaffen habe, sondern daß lediglich der alte Zustand für den Bereich der Grundstoffindustrie der alten GHH wieder hergestellt worden sei.



Bei der Begrüßung durch Dr. h. c. Butschkau wurde Bergassessor Dr. Ing. e. h. Hermann Kellermann, der im vergangenen Jahr seinen 85. Geburtstag feierte, besonders herzlich willkommen geheißen. Dr. Kellermann war als Nachfolger von Kommerzienrat Dr. Paul Reusch der letzte Generaldirektor des noch unentflochtenen GHH-Konzerns und nach dem Kriege lange Zeit stellv. Vorsitzender unseres Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsratsvorsitzende wies die Aktionäre besonders darauf hin, daß im Geschäftsbericht für das vergangene Geschäftsjahr die Zahlen von Bergbau und Hütte erstmalig zusammengefaßt worden sind. Hierdurch habe leider aber die bisherige Kontinuität der Berichterstattung unterbrochen werden müssen, weil die Zahlen der früheren Bergbau- und Hütten-Jahresabschlüsse mit denen des vorliegenden Jahresabschlusses nicht mehr voll vergleichbar seien. Man habe ferner geprüft, den Jahresabschluß schon für das abgelaufene Geschäftsjahr nach den Richtlinien der vorgesehenen Großen Aktienrechtsreform aufzustellen. Da die öffentliche Diskussion um dieses Thema jedoch schon heute zeige, daß noch mit Änderungen der vorgesehenen Bestimmungen gerechnet werden müsse, habe man schließlich von einer erneuten Zwischenlösung abgesehen.

Bevor sich Dr. h. c. Butschkau der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung des Werkes zuwandte, ging er dazu über, mit wenigen Strichen die Entwicklung unseres Werkes in die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands und der Welt einzublenden.

Die Integration der Weltwirtschaft, insbesondere des Welthandels – so stellte er heraus –, habe weiter zugenommen. Es bleibe jedoch der auffallende Tatbestand, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika die Wirtschaft, wenn auch auf höherem Niveau, stagniere. Dies treffe insbesondere für die Stahlindustrie in den USA zu, die ihre Kapazität seit Juli 1960 nur wenig über 50 Prozent ausfahre. Aus der Tagespresse kenne man die Versuche der Vereinigten Staaten, mit den Folgen einer dynamisch zu stark nach oben gerichteten Preis- und Lohnpolitik, wodurch die heutige ökonomische Lage in Amerika bestimmt werde, fertig zu werden. Dies habe weitgehend zu einem „outpriced-Sein" der amerikanischen Wirtschaft geführt, die Zahlungsbilanz der USA in Mitleidenschaft gezogen und das Goldproblem aufkommen lassen, von dem die US-Presse voll sei. Doch sich hierüber näher auszulassen, werde schließlich zu weit führen und gehöre nicht in diese Hauptversammlung.

Im Anschluß daran gab Dr. Butschkau einige wichtige Zahlen aus der Steigerung der Welt-Stahlproduktion bekannt. Danach hat sich von 1938 bis 1960 die Stahlproduktion der Welt mehr als verdreifacht, nämlich von 110 Mill. auf 343 Mill. Tonnen. Bei dieser Steigerung, so teilte der Redner mit, konnten die Ostblockländer ihre Quote an dieser Produktion von 23 Prozent auf 30 Prozent erhöhen. Vergleiche man die Prozentsätze unter den Ländern, so zeige sich, daß die USA, Japan, Frankreich, Italien, Belgien und Luxemburg über einen in etwa gleichbleibenden Anteil an der Produktionsquote verfügten. China, Rußland und eine Reihe kleinerer Staaten hätten dagegen ihren Anteil steigern können. Demgegenüber aber sei – trotz absolut steigender Zahlen – der deutsche Anteil von 1938 bis 1960 von 18,5 auf 10 Prozent und der britische Anteil von 9,6 auf 7,5 Prozent gesunken.

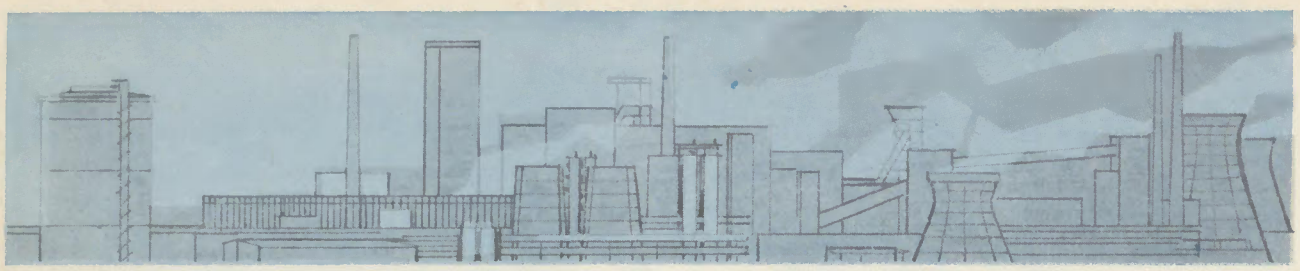
Interessant seien auch die vergleichbaren Zahlen der Kohlenproduktion der Welt. Hier sei in diesem Zeitraum die Produktion von 1,2 Mrd. Tonnen auf 1,9 Mrd. Tonnen gestiegen, wobei 1938 auf den Ostblock 16 Prozent und 1960 insgesamt 46,2 Prozent entfielen. Allerdings müsse zum Verständnis dieser Veränderung auf die andere Struktur der Energieverteilung der Welt, insbesondere das Ölproblem und die anderen Strukturverhältnisse bei der Energieerzeugung der Oststaaten hingewiesen werden.

Im Verlauf seiner Ausführungen machte der Aufsichtsratsvorsitzende noch einige weitere recht interessante Anmerkungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Zum Beispiel was unsere Absatzmärkte anlangt, so sagte er, daß er die Auffassung des Bundeswirtschaftsministers teile, wonach die Bundesrepublik – allerdings in Ansehung der Wechselkurse – heute noch ein vergleichsweise billiges Land sei. Doch dürfe der Export nicht „abgewürgt" werden. Wenn eine Uhr vorgehe und man sie richtigstellen wolle, zwinge das nicht dazu, sie sofort nachgehen zu lassen.

„Im wesentlichen", betonte er mit Nachdruck, „bin ich jedoch unverändert und zutiefst überzeugt, daß das Wohlergehen jedes einzelnen Bürgers unseres 58-Millionen-Volkes, sein Arbeitsplatz, sein Heim und seine Pläne wesentlich mit davon abhängen, was das Volk für die Stabilität seines Geldes tut." Gutes Geld sei das – häufig gar nicht sichtbare – Medium, in dem wir alle zufrieden und friedlich auf unserem übervölkerten Boden existieren könnten und daß das Ausland uns achte. Es sei nicht selbstverständlich, gutes Geld, d. h. Preisstabilität zu haben. Es gäbe genug kürzsichtige Leute in allen Lagern, die bedenkenlos mit der Währung verfahren würden. Man müsse also um die Stabilität des Geldwertes kämpfen – mit Einsicht, Klugheit und Verständnis für die Allgemeinheit –, jeder an seinem Platz.

Das Geldwesen sei noch eine Aufgabe der einzelnen Nationen. Deshalb sei es keine enge Politik, wenn man die internationalen Geldverhältnisse erst in zweiter Linie berücksichtige, wenn man ein ganzes Volk frei halten wolle von inflationistischer Geldentwicklung. Dies in einem großen, der Wirtschaft zugewandten Kreise wieder einmal zum Ausdruck zu bringen, so betonte Dr. Butschkau, der als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes oberster Interessenwahrer von vielen Millionen Sparern ist, sei ihm Herzensangelegenheit.

thyssenkrupp Corporate Archives



## DER STEINKOHLENBERGBAU

Der Aufsichtsratsvorsitzende gab zu verstehen, daß nach wie vor der Steinkohlenbergbau unter dem Einfluß der strukturellen Wandlung auf dem Energiemarkt steht. Gegenüber 1959 habe sich die Lage wegen der hohen Wirtschaftstätigkeit im Bundesgebiet, der Ablösung der Kohleneinfuhrverträge und des Kohlenzolls zwar etwas entspannt, insbesondere sei der Energieverbrauch infolge der Hochkonjunktur um etwa zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen; eine immerhin beachtliche Zunahme, die in den vergangenen zehn Jahren nur zweimal erreicht worden sei. Allein in der Bundesrepublik habe der Heizölabsatz in 1960 eine Steigerung von rund 39 Prozent erfahren, was einer Steinkohlenmenge von mehr als 6 Mill. Tonnen entspreche. Nach den bisher bekanntgewordenen Plänen werde sich die Raffinerie-Kapazität der Bundesrepublik bis 1965 um 18 Mill. Tonnen erhöhen. Damit würden etwa 7 bis 9 Mill. Tonnen Heizöl zusätzlich auf den Markt kommen, was einer Steinkohlenmenge von 10 bis 14 Mill. Tonnen entspreche.

Der Strukturwandel werde zur Zeit überdeckt durch die Gunst nur vorübergehender Faktoren. Deshalb könne von einer endgültigen Überwindung der Schwierigkeiten im Steinkohlenbergbau noch nicht gesprochen werden. Wie bisher werde der Steinkohlenbergbau auch in Zukunft seine ganze Kraft darauf ausrichten, sich durch Mechanisierung der Arbeitsvorgänge, durch Betriebskonzentration und andere Rationalisierungsanstrengungen und absatzbelebende Maßnahmen zu behaupten. Alle diese Maßnahmen könnten aber nur dann zum Tragen kommen, wenn dem Bergbau eine seiner Struktur gemäße Anpassungsfrist eingeräumt werde, wofür er auch im Rahmen der mitbestimmenden Montanunion kämpfe.

Im Jahr 1960, so teilte er mit, hätte die Steinkohlenförderung des Bundesgebiets, einschließlich Saar, in Höhe von 142 Mill. Tonnen voll abgesetzt werden können. Dazu sei es noch gelungen, die Haldenbestände beträchtlich abzubauen, die vom Jahresultimo 1959 (17,9 Mill. Tonnen) auf 11,8 Mill. Tonnen Ende Dezember 1960 sanken. Die Gesamtbelegschaft des westdeutschen Steinkohlenbergbaus habe sich dabei um rund 30 000 Köpfe verringert, während gleichzeitig eine erheblich verbesserte Schichtleistung unter Tage erreicht worden sei. Selbstverständlich kämen darin auch die Rationalisierungsbemühungen des Bergbaus zum Ausdruck.

Der hohe Koksbedarf der Eisen schaffenden Industrie habe dabei zu einer Erhöhung der Zechenkokserzeugung von 35,8 Mill. Tonnen auf 36,8 Mill. Tonnen geführt, obwohl durch Rationalisierungsmaßnahmen der Kokseinsatz pro Tonne Roheisen erheblich gesunken sei, so z. B. bei der HOAG von 1956/57 mit 958 kg pro Tonne Roheisen auf 810 kg im letzten Geschäftsjahr.

Die Schichtleistungszahlen unserer Gesellschaft, so konnte Dr. Butschkau mitteilen, liegen etwas über denen des Ruhrdurchschnitts, was sich insbesondere durch die vielfältigen Rationalisierungsmaßnahmen ergeben habe. In diesem Zusammenhang erwähnte er als besonders interessant, daß der Anteil der aus vollmechanisierten Betrieben gewonnenen Kohle von 35 Prozent zu Beginn des Geschäftsjahres auf 50 Prozent gegen Ende des Geschäftsjahres anstieg.

Neben der Mechanisierung, der Aus- und Vorrichtung des Abbaues, der gewissermaßen die klassische Betätigung auf dem Gebiet der Mechanisierung darstellt, seien im Jahr 1960 auch auf dem Gebiet der Förderung große Fortschritte erzielt worden. Diesen Erfolgen auf bergtechnischem Gebiet stünde jedoch leider ein Ansteigen der Selbstkosten gegenüber, die durch Materialpreiserhöhungen auf zahlreichen Gebieten und durch verschiedene Lohnerhöhungen der letzten Zeit verursacht worden seien. Da es andererseits angesichts der Konkurrenz der übrigen Energieträger unmöglich sei, höhere Erlöse zu erzielen, könne die Ertragslage des Bergbaus in Zukunft nur durch weitere Leistungssteigerungen gesichert werden. Dabei könne nicht vermieden werden, daß der Bergbau auf einen Teil seiner bereits aufgeschlossenen Kohlenvorkommen verzichte, um sich auf den Abbau der günstigsten Flöze zu konzentrieren. Der damit verbundene Substanzverlust müsse allerdings nach vorheriger sorgfältiger Prüfung in Kauf genommen werden.

Die von uns produzierten Kohlenwertstoffe, so teilte Dr. Butschkau mit, hätten das ganze Jahr hindurch gut abgesetzt werden können. In diesem Zusammenhang wies der Vortragende auf die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der benachbarten Ruhrchemie hin, die nach ihrer Reorganisation und der Aufnahme neuer Erzeugungszweige eine gute Entwicklung verspreche.

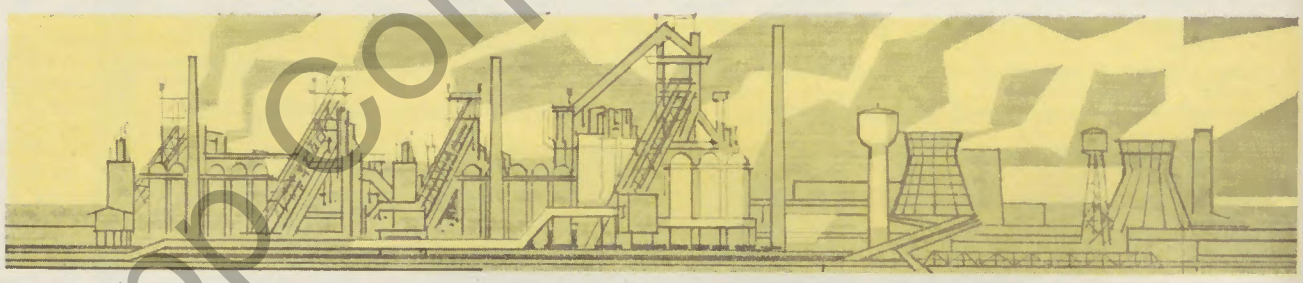
Der Anteil unserer Zechen an der Steinkohlenförderung des Ruhrgebiets habe mit 4 Prozent und der Kokserzeugung mit 5,1 Prozent gut behauptet werden können.

Als eine der unangenehmsten Auswirkungen der 1958 ausgebrochenen Krise des Steinkohlenbergbaus bezeichnete er die Abwanderung zahlreicher Bergleute. Da es im Jahr 1960 gelungen sei, Feierschichten zu vermeiden, bahne sich eine gewisse Abflachung der Abwanderungskurve an. Angesichts der angespannten Lage auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt werde alles getan, um die Aussichten für eine Nachwuchswerbung bei Jugendlichen im Oberhausener Raum zu verbessern; so sei mit dem Bau einer Bergbau-Berufsschule auf dem Gelände der Zeche Franz Haniel begonnen worden. Gleichwohl aber hätte die entstandene Lücke in unserer Bergbau-Belegschaft nur dadurch annähernd geschlossen werden können, indem man in größerem Maße auf ausländische Arbeitskräfte zurückgegriffen habe. Mitte Januar 1961 seien 1074 Ausländer – d. s. 7,2 Prozent der Bergbau-Belegschaft – auf unseren Zechen beschäftigt gewesen. Das größte Kontingent werde von den Italienern gestellt, in weitem Abstand gefolgt von Jugoslawen, Niederländern und Österreichern. Es werde alles getan, um den ausländischen Mitarbeitern das Leben in der ihnen fremden Umgebung so angenehm wie möglich zu machen. Demgegenüber spiele die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte auf der Hüttenseite des Unternehmens fast keine Rolle.

Dem Kampf gegen die Unfälle im Bergbau sei auch im abgelaufenen Geschäftsjahr große Aufmerksamkeit geschenkt worden. Ein Erfolg zeige sich darin, daß der HOAG-Bergbau insbesondere bei den tödlichen und schweren Unfällen unter dem Ruhr-Durchschnitt liege.

Zur Lohnsituation im Bergbau erwähnte Dr. Butschkau, daß man sich zu neuen Lohnvereinbarungen habe entschließen müssen, was bei der Arbeitsintensität des Bergbaus sehr ins Gewicht falle. Mit Recht habe der Präsident des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, Dr. Burckhardt, darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Arbeitskosten zusammen mit den Preiserhöhungen der Zulieferer die Anstrengungen des Bergbaus, sich zu behaupten, beeinträchtige. Deshalb der Wunsch nach erhöhter Lohn- und Preisdisziplin.

Zusammenfassend stellte Dr. Butschkau fest, daß man mit unserem Bergbau voll zufrieden sein könne, wenn man auch einsehen müsse, daß hier für die weitere Zukunft noch Risiken vorlägen, die er einmal mit der Entwicklung der allgemeinen Konjunktur in Deutschland sowie der Enge des Arbeitsmarktes, zum anderen mit der in ständiger Änderung begriffenen Energiestruktur der Welt zusammenhängend bezeichnete. Insgesamt aber sei man sich darüber einig, daß die feste Wiederherstellung des Verbundes mit der Kohle für das Gesamtwerk unbedingt als Aktivum bewertet werden müsse.



## DIE STAHLSEITE

Demgegenüber habe auf der Stahlseite die Sonne der Konjunktur das ganze Jahr über geschienen. Die Aufträge seien im Geschäftsjahr um 27 Prozent und die Lieferungen um 22 Prozent angestiegen. Dr. Butschkau erläuterte, daß auf dem Inlandsmarkt die Nachfrage von dem hohen Stahlverbrauch und der günstigen Auftragslage der stahlerarbeitenden Industrien, insbesondere der Maschinenindustrie und der Bauwirtschaft, getragen wurde. Die gute Marktlage und die rechtzeitig vorgenommenen Investitionen hätten eine Steigerung der Produktion zugelassen, die auf allen Stufen die Produktion des Vorjahres erheblich übertroffen habe. So sei unsere Roheisenerzeugung im abgelaufenen Geschäftsjahr um 26,9 Prozent, die Rohstahlerzeugung um 24,5 Prozent und die Produktion von Walzstahl um 22,7 Prozent gestiegen. Die Versorgung mit Rohstoffen habe keine Schwierigkeiten gemacht. Zum ersten Mal nach dem Kriege seien bei einer derartigen Konjunkturlage die Rohstoffpreise stabil geblieben. Auch die Frachten hätten sich erfreulicherweise unverändert gezeigt. Ferner habe es auf dem Schrottmarkt bei ruhiger Preisentwicklung keine Schwierigkeiten gegeben.

Mit 6,7 Prozent bei Roheisen, 6,1 Prozent bei Rohstahl und 5,9 Prozent bei Walzstahlfertigerzeugnissen habe sich der Anteil unseres Werkes an der Gesamtproduktion der Bundesrepublik, einschließlich der Saarwerke, fast unverändert behauptet. Im übrigen sei die Hütte ein bedeutender Abnehmer unserer Bergbauabteilung, im Berichtsjahr habe sie 43 Prozent der Förderung der eigenen Zechen beansprucht.

Für den betrieblichen Ablauf im Hüttenwerk sei im vergangenen Geschäftsjahr kennzeichnend gewesen, daß die Großinvestitionen, die eine Gesamtsumme von 113,5 Mill. DM erforderten, reibungslos in die laufende Produktion einbezogen werden konnten. Diese hätten wesentlich zu einer weiteren Modernisierung des Werkes und der Verbesserung seiner Struktur beigetragen. Hier erwähnte er besonders den Hochofen A, dessen Bedeutung er dadurch charakterisierte, daß der Einsatz in den Stahlwerken für die Mehrerzeugung von 354 000 Tonnen Rohstahl im Kalenderjahr 1960 gegenüber 1959 dank der erweiterten Hochofenkapazität praktisch ausschließlich aus Roheisen bestand. Dadurch habe eine zusätzliche Beanspruchung des Schrottmarktes und ein damit meist parallel laufender Anstieg der Schrottpreise vermieden werden können. Dieser Punkt werde auch bei dem weiteren Ausbau des Werkes streng beachtet, da ein gut ausbalancierter Schrottmarkt eine der Voraussetzungen für eine stabile Kostenlage der Stahlindustrie sei.

Die technischen Ergebnisse des neuen Hochofens veranlaßten Vorstand und Aufsichtsrat, einen weiteren Ofen der gleichen Art vorzusehen. Mit seiner Kapazität von 50 000 t Roheisen je Monat werde er zwei überalterte Öfen mit einer Gesamterzeugung von 35 000 Tonnen monatlich ersetzen, 70 Prozent dieser Investition dienten also der Rationalisierung. Das Hüttenwerk wolle seinem Grundsatz treu bleiben, das Schwergewicht bei Investitionsplanungen auf die Rationalisierung der Betriebe zu legen und nicht um jeden Preis seine Kapazitäten oder seinen Marktanteil erweitern. Immerhin seien bei vielen Rationalisierungen auch Kapazitätsausdehnungen zwangsläufig, wie sich auf allen Gebieten der produzierenden Wirtschaft zeige.

Als weitere Großinvestition nannte er die gegen Ende des vergangenen Geschäftsjahres – am 28. September 1960 – in der ersten Ausbaustufe angelaufene Bandsinteranlage im Hafen Walsum. Bankdirektor Dr. Butschkau gab den Aktionären bekannt, daß schon im Dezember – also nach sehr kurzer Anlaufperiode – die vorgeplante volle Erzeugungshöhe dieser Anlage erreicht worden sei. Ebenfalls arbeite die für die Bevölkerung wichtige Entstaubungsanlage gut.

Insgesamt, so konnte Dr. Butschkau bekanntgeben, sind seit der Währungsreform bis zum Ende des Geschäftsjahres 1959/60 1,1 Mrd. DM investiert worden, und zwar 382 Mill. DM im Bergbau und 720 Mill. DM bei der Hütte. Davon konnten beim Bergbau 92 Prozent, bei der Hütte 66 Prozent über normale und Sonderabschreibungen refinanziert werden. Die kommenden Investitionsplanungen des Werkes bezifferte Dr. Butschkau auf 200 Mill. D-Mark.

Im Zusammenhang mit der Schilderung des Hüttenergebnisses nannte er auch das Problem, das in der Sphäre der allgemeinen Politik aufgetaucht ist: die Frage der Sonntagsarbeit in den Stahlwerken und den Walzenstraßen erster Hitze. Die Leidenschaftlichkeit,

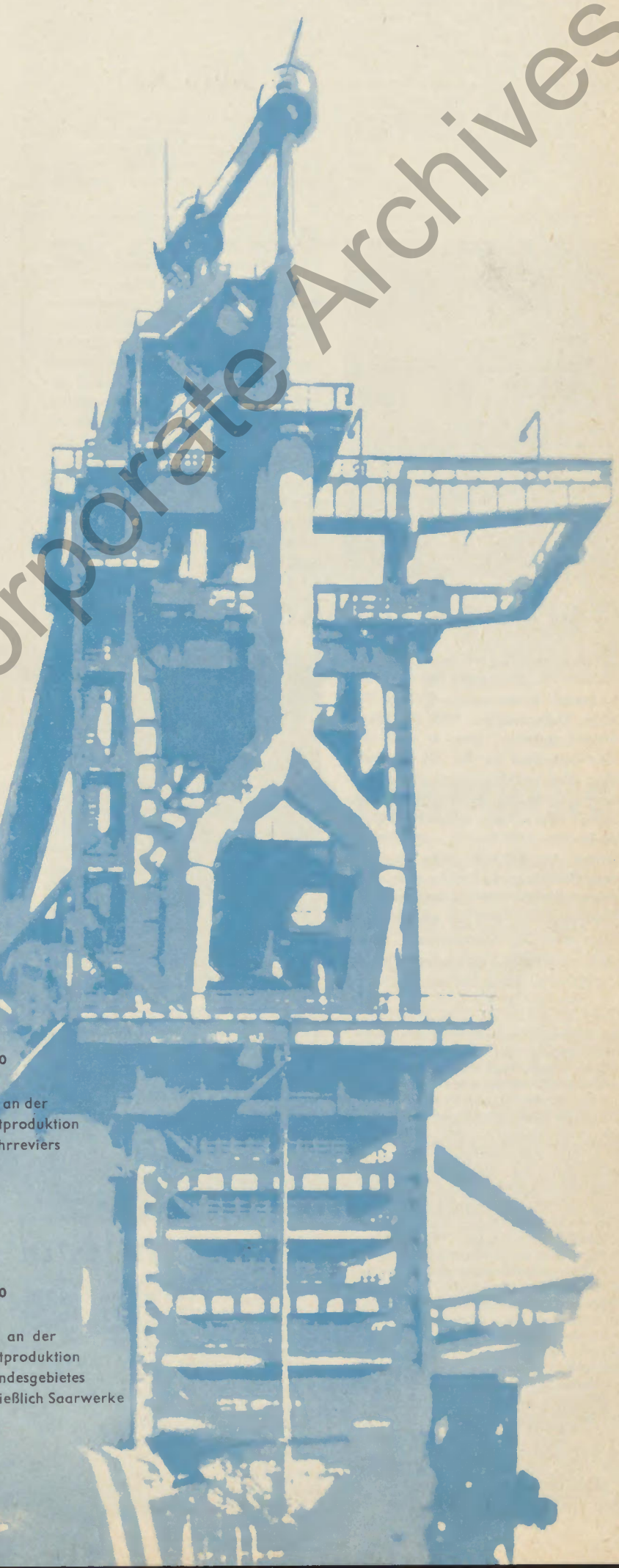
Thyssenkrupp Corporate Archives

mit der die Diskussion hierüber geführt werde, beruhe darauf, daß sowohl die Belegschaften als auch die Unternehmen mit dem jetzigen Zustand offenbar völlig zufrieden seien. Der Referent gab zu bedenken, daß durch einen Regierungseingriff erhebliche Produktions- und Verdiensteinbußen erwartet werden müßten, ferner erfahre dadurch der ohnehin vorhandene Trend zu weiteren Arbeitszeitverkürzungen eine zusätzliche Beschleunigung und Ausdehnung. Auf die wirtschaftlichen Folgen hinweisend, erklärte er, daß eine Produktionsunterbrechung in den Stahlwerken einen sehr empfindlichen Eingriff darstellen werde, der in der Welt ohne Beispiel wäre und für Westdeutschland einen Ausfall von jährlich 2,7 Mill. Tonnen Stahl zur Folge haben würde. Aber auch – technisch – wären größere SM-Ofeneinheiten, zu denen die Entwicklung dränge, ausgeschlossen, da sie nur im kontinuierlichen Betrieb wirtschaftlich sein könnten. Ein Ersatz des Produktionsausfalls durch Einfuhren wäre fragwürdig. Die Eisen schaffende Industrie in der Bundesrepublik werde durch einen solchen Eingriff in Gegensatz zu allen übrigen gleichgearteten Unternehmen in der Welt einseitig in ihrer Konkurrenzfähigkeit beschränkt. Daß die Konkurrenzländer, vor allem im EWG-Raum, eine solche Regelung bei uns mit Freuden begrüßen würden, sei klar. Der Redner schlug vor, es den Tarifpartnern unter Festsetzung einer bestimmten Anzahl von freien Sonntagen zu überlassen, sich hinsichtlich dieses Problems zu einigen.

Alles in allem sei das Geschäftsjahr auch für die Belegschaft der Hütte zufriedenstellend verlaufen. Während der Aufsichtsratsvorsitzende noch in der Hauptversammlung des vorigen Jahres über Umbesetzungen und Lohneinbußen berichten mußte, sei das Pendel nun zur anderen Seite ausgeschlagen. Erstmalig sei die Hütte an die durch die Hochkonjunktur gesteckten Grenzen gestoßen, indem die Beschaffung bestimmter Spezialkräfte immer schwieriger und die Zahl der freiwilligen Abgänge größer geworden sei. Der Sommer 1960 habe mit dem „Homburger Abkommen" und kurz darauf mit einer ähnlichen Vereinbarung weitreichende Tarifabschlüsse gebracht. Als besonders bedeutend nannte er die Neuregelung der Arbeitszeit, die über mehrere Stufen bis zum 1. Juli 1965 die 40-Stunden-Woche bringen soll.

Über diesen auch auf andere Wirtschaftszweige ausstrahlenden Tarifabschluß sei in der Öffentlichkeit hin-

# Die Produktion der HOAG im Geschäftsjahr 1959/60



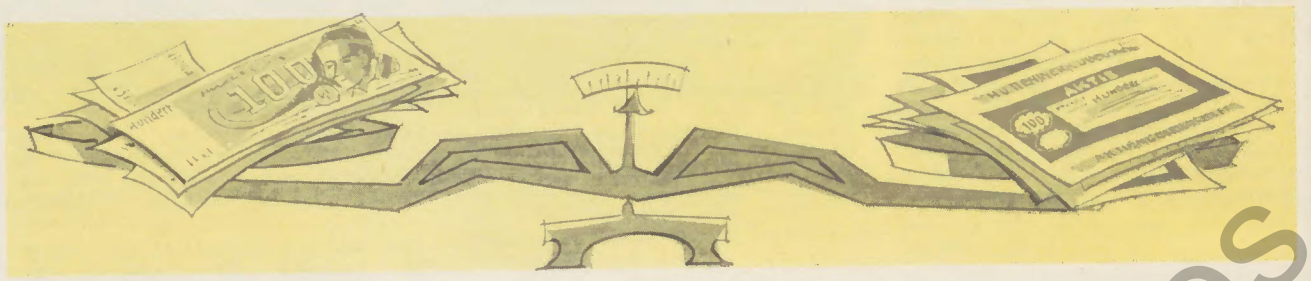
| | in Tonnen | in % Anteile an der Gesamtproduktion des Ruhrreviers |
|---|---|---|
| STEINKOHLENFÖRDERUNG | 4645606 | 4,0 |
| KOKSERZEUGUNG | 1714920 | 5,1 |

| | in Tonnen | in % Anteile an der Gesamtproduktion des Bundesgebietes einschließlich Saarwerke |
|---|---|---|
| ROHEISENERZEUGUNG | 1687259 | 6,7 |
| ROHSTAHLERZEUGUNG | 2058537 | 6,1 |
| WALZSTAHLERZEUGUNG | 1520689 | 5,9 |

thyssenkrupp Corporate Archives

reichend diskutiert worden. Wenn man diese Erörterungen untersuche, ergebe sich der diskussionswürdige Extrakt des zweifellos vorhandenen Einflusses der Arbeitszeitverkürzung auf das gesamte deutsche Sozialprodukt. Für jede Wirtschaftspolitik – und auch tarifvertragliche Vereinbarungen seien ein Teil der Wirtschaftspolitik – sei zu beachten, daß der mögliche volkswirtschaftliche Zuwachs entscheidend von der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden abhänge. In dem Maße, wie die Arbeitszeit verkürzt werde, verzichte man eventuell auf einen Teil sonst möglichen wirtschaftlichen Wachstums. Man werde zwar einwenden, daß – wie unsere Hüttenzahlen zeigten – die Leistung je Arbeiter auf 14,7 Tonnen Rohstahl je Monat angestiegen sei. Andererseits müsse man sich bei der Beurteilung solcher „Produktivitätszahlen" die Wirkung des hohen Produktivitätseffektes der neuen Investitionen, des intensiveren Einsatzes der Belegschaft und nicht zuletzt der hohen derzeitigen Marktausnutzung infolge bester Absatzverhältnisse vor Augen halten. Allein eine Verminderung der letztgenannten hohen Kapazitätsausnutzung werde bei einer eventuellen künftigen Arbeitszeitverkürzung die sogenannte „Produktivität" der Stahlindustrie, ja der gesamten Wirtschaft, empfindlich beeinträchtigen.

Direktor Butschkau erinnerte daran, daß er in den früheren Hauptversammlungen der HOAG wiederholt auf die wirtschaftliche und moralische Bedeutung der Unfallverhütung hingewiesen habe, insbesondere auf den Nachdruck, den unser Werk dieser Aufgabe widme. Leider aber sei es uns im Berichtsjahr nicht gelungen, uns dem allgemein steigenden Trend der Unfälle zu entziehen, obwohl der Abstand der Hütte zum allgemeinen Status noch immer beträchtlich sei. Er schilderte, daß sich die allgemeinen Unfallzahlen seit Kriegsende bis auf einen Satz von 11,3 Unfällen je 1000 Beschäftigten im Jahre 1957 langsam, aber stetig verbessert hätten, nun aber sei eine um so stärkere Verschlechterung festzustellen, welche die Zahl im Jahre 1960 bis auf 14,3 Unfälle auf je 1000 Beschäftigte habe steigen lassen. Diesem Trend hätten sich auch die Wegeunfälle angeschlossen. Beunruhigend dabei sei die Feststellung, daß sich in den für einen Vergleich in Frage kommenden Ländern England und USA seit 15 Jahren ein ununterbrochener Trend nach unten zeige, der insbesondere in USA phantastisch anmutende Ergebnisse bringe. Die absolute Notwendigkeit, Unfälle zu verhüten, sei dort offenbar ganz anders in das allgemeine Bewußtsein des Volkes eingedrungen als bei uns.
Als demgegenüber recht erfreulich bezeichnete er die Situation im Krankenwesen. Hier habe die Betriebskrankenkasse der Hütte es seit einer Reihe von Jahren fertiggebracht, einen Beitragssatz von 6,8 Prozent aufrechtzuerhalten, was von der Disziplinierthеit der Oberhausener Hüttenwerker zeuge.



## ZUR DIVIDENDE

Während man uns im letzten Jahr bei einem Dividendenvorschlag von 10 Prozent in manchen Kommentaren „höhere Dividende aus vermindertem Ertrag" vorgeworfen habe, werde diesmal die Frage gestellt, ob nicht die Aktionäre mit einem noch höheren Betrag als 12 Prozent an dem zweifellos guten Geschäftsergebnis hätten beteiligt werden können. Zu dieser Frage sprach der Aufsichtsratsvorsitzende einige „offene Worte". Zunächst, so sagte er, müsse man Dividende und Aktienkurs auseinanderhalten. Was die Dividende anlange, so sei die Erhöhung von 10 auf 12 Prozent (= 2,7 Prozent des Umsatzes) auf das inzwischen erhöhte Grundkapital des Unternehmens einstimmig von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen worden. Bei der Struktur unseres Unternehmens seien sorgfältige und vorsichtige Überlegungen durchaus angebracht, zumal die künftige Entwicklung – vor allem auf dem Gebiet des Bergbaus – ständig berücksichtigt werden müsse. Nicht zuletzt auch werde Wert gelegt auf eine gewisse Kontinuität der Dividendenpolitik.

Was den HOAG-Börsenkurs anlange, so habe ihm kürzlich ein Aktionär geschrieben, daß die Presse zwar – völlig zutreffend – berichtet habe, bei der HOAG stünde das Wirtschaftsbarometer auf Schön-Wetter, und daß dafür auch die gute Dividende, aber gar nicht unsere Börsenkurse sprächen.

An die Aktionäre gewandt, meinte Dr. Butschkau, daß dieser Hinweis auf die „offensichtlich unterbewertete Kursnotiz" sich in der Tat als zutreffend erweise. Hieran anknüpfend, unterbreitete er eine recht interessante Ausrechnung. Wenn man die deutschen Aktiengesellschaften einteile in vier Gruppen – Eisen schaffende Industrie, sonstige Grundstoffindustrien, Metall verarbeitende Industrien und sonstige verarbeitende Industrie –, so ergebe sich, daß die Durchschnittskurse während des Jahres 1960 bei der Eisen schaffenden Industrie von 362 auf 336 Prozent und bei der sonstigen Grundstoffindustrie von 336 auf 326 Prozent gesunken seien, wogegen bei der Metall verarbeitenden Industrie ein Anstieg von 583 auf 897 Prozent und bei der sonstigen verarbeitenden Industrie von 538 auf 738 Prozent festzustellen war. Dr. Butschkau gab an, daß dieser Untersuchung ein erfaßbares Nominal-Aktienkapital von 16,3 Mrd. DM zugrunde liege. Dabei seien die Dividenden bei allen Gruppen im letzten Geschäftsjahr ungefähr im gleichen Ausmaße gestiegen, und zwar bei der Eisen schaffenden Industrie von 9 auf 10 Prozent, bei der Metall verarbeitenden Industrie von 10,8 auf 11,8 Prozent, bei der sonstigen Grundstoffindustrie von 9 auf 9,8 Prozent und bei der sonstigen verarbeitenden Industrie von 12 auf 13,4 Prozent. Dies bedeute, daß die Rendite – d. h. das Verhältnis Kurswert zum Ertrag – bei der Eisen schaffenden Industrie erheblich gestiegen sei (von 2,5 auf 3 Prozent), bei der sonstigen Grundstoffindustrie von 2,6 auf 3 Prozent, wogegen die Rendite bei der Metall verarbeitenden Industrie von 1,8 auf 1,3 Prozent und bei der sonstigen verarbeitenden Industrie von 2,2 auf 1,8 Prozent sank. Bei der HOAG habe am Bilanzstichtag die Rendite bei 4,1 Prozent und Ende Januar bei 4,3 gelegen.

Zur Begründung dieser erstaunlichen Entwicklung, daß nämlich bei der Fertigungsindustrie die Rendite sinkt und bei der Grundstoffindustrie steigt, sei natürlich ein ganzer Komplex von Fragen anzuführen, die sowohl rationaler wie irrationaler Natur seien. Die Psychologie der heutigen Effektenkäufer spiele eine ebenso große Rolle wie gewisse Wandlungen in den Anlagegewohnheiten des Inlandes als auch ebensosehr des Auslandes. Man wisse, in welchem Maße insbesondere Anlagekäufe des Auslandes die Kurse der Fertigungsindustrie in die Höhe getrieben hätten; man wisse aber auch, wie leicht solche Kurse durch Auslandsverkäufe zu erschüttern seien, was wiederum mit dem allgemeinen politischen Spannungsbild der Welt auf das engste zusammenhänge. Insgesamt könne man sagen, daß hinsichtlich der Grundstoffwerte eine gewisse Abneigung zu spüren sei, was sich durch die Furcht vor eventuellen staatlichen Eingriffen erkläre.

Jedem Anleger aber könne man HOAG-Aktien empfehlen, weil sie billig seien, ein hervorragendes Werk repräsentierten und eine gute Rendite ergäben.

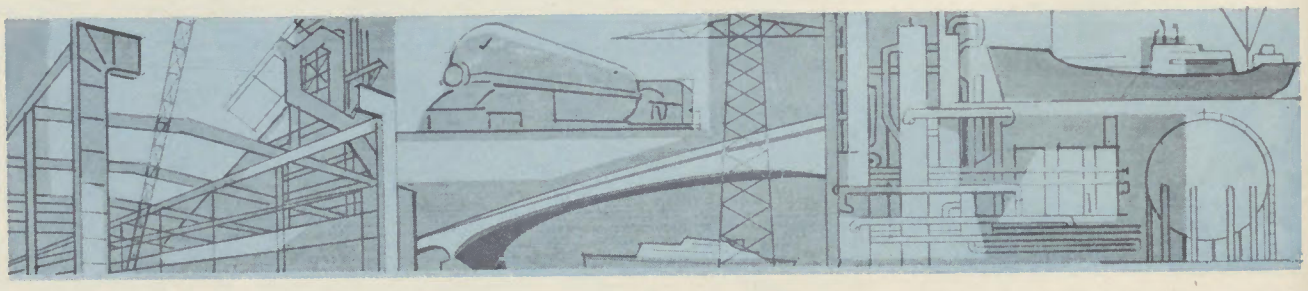


**Direktor Herbert Heinz, Vorstandsmitglied unserer Gesellschaft, hat – wie Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Butschkau in der Hauptversammlung bekanntgab – mit Rücksicht auf seine Gesundheit auf Entlassung aus seinem Amt gebeten. Bei dieser Gelegenheit sprach Dr. Butschkau Dank und Anerkennung für die verdienstvolle Arbeit von Direktor Heinz aus, der mit Beginn dieses Jahres aus dem Vorstand ausgeschieden ist. Seit 1952 war Direktor Heinz kaufmännisches Vorstandsmitglied der Bergbau-AG Neue Hoffnung, seit der Umwandlung gehörte er zum Vorstand der Gesamtgesellschaft.**

## Veränderung im Vorstand



**Stellvertretendes Vorstandsmitglied unseres Unternehmens ist seit dem 1. Januar dieses Jahres Dr.-Ing. Wilhelm Kleingrothaus. 1902 in Gelsenkirchen geboren, ging er nach dem Chemiestudium an der TH Karlsruhe, dem Diplom-Examen und der Promotion zum Dr.-Ing. zunächst zum Bergbau der Vereinigten Stahlwerke, Gruppe Bochum. 1935 kam er – als Betriebsführer der Kokerei Zeche Jacobi – zum GHH-Bergbau. 1947 wurde er Direktor der Kokereibetriebe der Neuen Hoffnung. Von 1954 bis zur Umwandlung war Dr. Kleingrothaus bereits stellvertretendes Vorstandsmitglied der Bergbau-AG Neue Hoffnung.**



## ZUKUNFTSAUSSICHTEN

Die derzeitige Geschäftsentwicklung und die weiteren Zukunftsaussichten der deutschen Volkswirtschaft würden von der Tatsache bestimmt, daß wir sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch hinsichtlich der Kapazitäten vieler Wirtschaftszweige, insbesondere aber in der Montanindustrie – mit dem Kopf an die Decke anstießen. Es sei wohl kaum anzunehmen, daß das Tempo der Entwicklung so weitergehen werde. Was die HOAG angehe, so ließen bereits die Zahlen des ersten Quartals des laufenden Geschäftsjahres erkennen, daß die Zuwachsraten des Berichtsjahres sich nicht wiederholen würden. Auf lange Sicht müsse auch berücksichtigt werden, daß für die Ruhrhütten mit dem Strukturwandel auf dem Energiemarkt der Vorteil schwinde, der sich ursprünglich durch den Standort auf der Kohle ergab. Bei der Erzversorgung werde die Verlagerung zu den entfernteren Bezugsquellen anhalten. Der bisher einmalige Fall, daß in einer Hoch- und Überkonjunktur die Rohstoffpreise nicht nur für die Stahlindustrie stabil geblieben seien, dürfe nicht für die Zukunft unterstellt werden. Für die Kohlenseite insbesondere bleibe der Strukturwandel auf dem Energiesektor und das Problem der Kostensteigerungen entscheidend und risikoreich.

Das Tempo der technischen Evolution nehme noch immer zu, was dazu führe, daß auch Investitionen eher ersetzt werden müßten, als es ihrer eigentlichen Lebensdauer entspreche. Gerade deshalb müßten wir unser Unternehmen finanziell so festigen, daß es größere Konjunktureinbrüche überstehen und sich auch im schärfsten Wettbewerb behaupten könne, was ja letzten Endes zum Vorteil der Aktionäre wie auch der Belegschaft ausschlagen müsse.

thyssenkrupp Corporate Archives

# Ich hätte gern gewußt ...

*Wie in jedem Jahr bot die Hauptversammlung den Aktionären Gelegenheit, Fragen an die Verwaltung zu stellen. So wurde gefragt nach den Rücklagen, nach den Beteiligungen und bestimmten Investitionen. Wir haben einige dieser Fragen herausgegriffen, um dadurch der Belegschaft zu zeigen, welche Art von Problemen auf einer Hauptversammlung diskutiert werden.*

FRAGE: Ich möchte gerne wissen, ob der Steueraufwand erhöht worden ist durch Steuerbeträge, die auf Grund der Umwandlung der Bergbau AG Neue Hoffnung auf die HOAG gezahlt werden mußten?

ANTWORT: Das ist nicht der Fall.

FRAGE: Um welche Beteiligung handelt es sich bei der GHH Schwerte?

ANTWORT: In Schwerte soll die Produktion von Nieten und sonstigen Faconteilen sowie Schweißelektroden, die früher von der GHH allein durchgeführt wurde, gemeinsam aufgenommen werden. Dort wird ein neues Werk gebaut. Das Stammkapital der Gesellschaft ist mit 10 Mill. DM vorgesehen. An diesen 10 Mill. DM sind die GHH und die HOAG je zu 50 Prozent — also 5 Mill. DM — beteiligt. Bisher sind von jeder Gruppe 25 Prozent eingezahlt worden.

FRAGE: Wäre es Ihnen möglich, noch etwas näher auf die zukünftige Sicherung der Erzversorgung einzugehen, insbesondere zu dem erklärten Beitritt der HOAG zum Konsortium Stafforst? Wann wird mit der Erschließung dieses Erzvorkommens begonnen werden, und in welchem Verhältnis wird die HOAG beteiligt sein?

ANTWORT: Bei dem Erzvorkommen Stafforst handelt es sich um ein größeres Lager in der Gegend von Nienburg (Weser). Mit den Aufschlußarbeiten ist inzwischen begonnen worden. Es wird allerdings noch lange Zeit dauern, bis das erste Erz gefördert wird; das kann in etwa 7 bis 10 Jahren sein. An diesem Vorkommen sind wir mit 12,5 Prozent beteiligt. Unser besonderes Interesse liegt darin, daß es sich um ein deutsches Inlandserz handelt, welches sehr hochwertig ist und mindestens auch einen Vergleich mit der französischen Minette aushält.

FRAGE: Auf Seite 40 des Geschäftsberichtes erwähnen Sie, daß die Technik der Rotorstahlerzeugung weiter verbessert wurde. Meines Wissens hat die HOAG die Rotorstahlerzeugung überhaupt entwickelt. Es ist deshalb bemerkenswert, daß die Gesellschaft die Versuchsanlage, die wohl als solche anzusehen ist, nicht weiter vergrößert hat, zumal nach den Angaben im Geschäftsbericht zwei ausländische Rotorstahlwerke mit einer Kapazität von je 300000 Jahrestonnen zur Zufriedenheit der Lizenznehmer arbeiten. Die HOAG baut dagegen, soviel ich aus dem Geschäftsbericht entnehme, ihre Stahlkapazität nach der SM-Seite hin aus.

ANTWORT: Es wurde schon erwähnt, daß es sich bei unserer Anlage um eine großzügig ausgelegte Versuchsanlage handelt. Die Kapazität beträgt etwa 15000 bis 20000 Tonnen monatlich. Die Anlagen, die nach unserer Lizenz arbeiten und mit 0,3 Mill. Jahrestonnen ausgelegt sind, produzieren im Augenblick etwa 0,4 Mill. Jahrestonnen — insgesamt also 0,8 Mill. Tonnen. Eine weitere Anlage wird zur Zeit von der GHH in England gebaut. — — Nun zu der speziellen Frage: Eine Erweiterung unserer Anlage ist wegen ihres Standortes und der beengten räumlichen Verhältnisse im Hochofenbereich nicht möglich. Der Neubau eines Stahlwerks, gleichgültig welcher Art es ist, muß jedoch nach heutigen modernen Fabrikationsgrundsätzen eine Jahreskapazität von mindestens 1 Mill. Tonnen umfassen. Eine solch hohe Produktionszunahme ist jedoch für Oberhausen vorerst nicht geplant, da eine hinzukommende Kapazität von 1 Mill. Tonnen Rohstahl ganz erhebliche Investitionen in den vorgeschalteten Hochöfen und in den nachgeschalteten Walzwerken erfordern würde. Wir haben die Absicht, die Rohstahlkapazität, die Mitte dieses Kalenderjahres 2,5 Mill. Jahrestonnen umfassen wird, allmählich in kleineren Stufen durch die Erweiterung der vorhandenen Anlagen auf 3 Mill. Jahrestonnen zu erhöhen. Damit würde dann allerdings die Produktionsmöglichkeit im Hüttenbereich erschöpft sein. Eine weitere Erhöhung wird nur dann durch einen größeren Schritt auf neuem Gelände möglich sein.

FRAGE: Wie hoch ist die gesamte installierte Leistungskraft der elektrischen Kraftwerke?

ANTWORT: Wir haben insgesamt 169 Megawatt installiert. Der Anteil der HOAG an der Zechenstromerzeugung des Ruhrreviers beträgt 4,9 Prozent.

FRAGE: Ist durch die Verkürzung der Arbeitszeit die volle Ausnutzung der einzelnen Anlagen im Werk Gelsenkirchen verhindert worden?

ANTWORT: Das ist nicht der Fall.

FRAGE: Zu der Frage der Rationalisierung möchte ich wissen: Ist eine weitere Verbesserung der Leistungszahlen durch Investitionen möglich, wenn ja, mit welchen Mitteln und in welcher Höhe?

ANTWORT: Unsere sämtlichen künftigen Investitionen stehen unter dem Motto „Kosten zu sparen, Qualitäten zu verbessern und den Service für unsere Kunden zu erhöhen". Wir hoffen, daß diese Investitionen die Leistung erhöhen und damit die Kosten senken, gleichzeitig auch die Qualität verbessern. Es ist eine Selbstverständlichkeit und eine allgemeine Aufgabe, die nicht nur bei uns gestellt ist, in dieser Richtung zukünftig zu wirken und sämtliche Investitionen darauf abzustellen. — — Dabei ist es unser Bestreben, den Lohnstundenaufwand weiter zu senken. Das ist der einzige Weg, um überhaupt mit den Schwierigkeiten, die der Arbeitsmarkt mit sich bringt, und mit den steigenden Löhnen fertig zu werden.

FRAGE: In der Bilanz sind unter Aktiva für 46000 DM eigene Aktien aufgeführt. Mich würde interessieren, ob diese eigenen Aktien noch gehalten werden?

ANTWORT: Ja. Das ist ein Bestand, der aus der Kapitalerhöhung übriggeblieben ist.

FRAGE: An der Ruhrchemie ist HOAG zu einem Drittel beteiligt. Ich hätte gern gewußt, wie hoch der wirkliche Nominal-Beteiligungsbetrag an diesem Unternehmen ist?

ANTWORT: 20 Mill. DM von einem Aktienkapital von 60 Mill. DM.

Mybergbau Archives

**Wie steht der nordamerikanische Arbeiter zum Kapital?**

# Lohn und Dividende kommen aus der Produktion

**Sechs deutsche Wirtschaftsjournalisten, die als gute Kenner der Montanindustrie angesehen werden können, machten im vergangenen Jahr eine Besichtigungsreise durch die Vereinigten Staaten von Amerika, um die dortige Stahlindustrie kennenzulernen. Wir haben einen der Teilnehmer um eine kurze Darstellung der wichtigsten Erkenntnis gebeten, die er gewonnen hat.**

Wer als Wirtschaftsjournalist aus dem Ruhrgebiet sechs Hüttenwerke in den Vereinigten Staaten besucht hat, kann noch nicht sagen, er kenne nunmehr die amerikanische Stahlindustrie. Immerhin stellen sechs Werke, zumal wenn sich darunter die größten und die modernsten befinden, einen sehr wesentlichen und repräsentativen Teil der amerikanischen Stahlindustrie dar.

Das, was man da gesehen und mit Unternehmens- und Werksleitern, aber auch mit Stahlarbeitern und mit führenden Männern der Stahlarbeitergewerkschaft besprochen hat, gibt einen Begriff von den Unterschieden, die zwischen der Hüttenindustrie in den Vereinigten Staaten und in Deutschland bestehen. Einer der nachhaltigsten Eindrücke dabei ist das Verhältnis des amerikanischen Stahlarbeiters und seiner Gewerkschaft zum Kapital – genauer gesagt: zu den Eigentümern der Produktionsmittel, an denen er arbeitet und durch die er sein Geld verdient.

Sicherlich wäre es ungerecht und wahrscheinlich sogar falsch, wollte man sagen, der Stahlarbeiter in Amerika fühle sich weniger als der in Westdeutschland mit seinem Arbeitsplatz verbunden. Wie sein deutscher Kollege empfindet auch er zweifellos Genugtuung und Befriedigung, mit seiner Hand und mit seinem Verstand die gewaltigen Kräfte zu lenken, die ihm in der Form von Hochöfen, Stahlwerken und Walzwerken anvertraut sind. Aber der amerikanische Stahlarbeiter sieht – so schien es uns – in alledem zuerst und mehr als sein Berufskollege in Westdeutschland die technischen Mittel, die die Grundlage für sein Einkommen sind. Der Mann in Amerika ist sich – wie wir in vielen Unterhaltungen festgestellt haben – völlig darüber klar, daß diese Produktionsanlagen viel Geld gekostet haben und daß laufend weitere große Beträge nötig sind, sie zu verbessern oder durch neue zu ersetzen, und daß dieses Geld nicht von ihm stammt. Für den amerikanischen Stahlarbeiter und für seine Gewerkschaft ist es deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß die Eigentümer der Produktionsmittel, also die Aktionäre, aus dem Produktionserfolg auch eine angemessene Dividende erhalten müssen.

Natürlich sind auch in den Vereinigten Staaten die Meinungen, wie der Ertrag der Produktion zwischen Eigentümern und Belegschaft aufgeteilt werden soll, nicht einheitlich. Wie stark die Auffassungen in dieser Frage voneinander abweichen können und wie hart der Gegensatz zwischen den Unternehmensleitungen und der Gewerkschaft sein kann, hat der lange Streik im letzten Sommer und Herbst ja auch deutlich gezeigt. Aber dieser Gegensatz ist nicht weltanschaulich bedingt.

In Amerika haben klassenkämpferische Vorstellungen niemals eine Rolle gespielt, und es ist frei von Sozialisierungswünschen. Die Gewerkschaft ist dort ein marktwirtschaftlich orientierter Tarifpartner. Sie selbst steht bewußt auf dem Boden der auf Eigentum und Wettbewerb ruhenden Wirtschaftsordnung. Gerade deshalb aber sieht sie auf eine klare Frontstellung. So muß jeder Arbeiter, der Vorarbeiter oder Meister wird, aus der Gewerkschaft ausscheiden, selbst wenn er viele Jahre und sogar einige Jahrzehnte Mitglied gewesen ist. Seine Beförderung macht ihn für die Gewerkschaft zum Mitglied der „anderen Seite"; er gehört nunmehr zur Unternehmensleitung, ist – wenn auch nur als ausführendes Organ – Teil der Arbeitgeberseite. Auf dieselbe Überlegung geht es zurück, daß die amerikanische Stahlarbeitergewerkschaft die Mitbestimmung, wie wir sie in der deutschen Montanindustrie haben, grundsätzlich ablehnt. Sie sieht darin eine ihre Stellung als Arbeitnehmerorganisation schwächende Verwischung der tarifpolitischen Grenzlinie.

Hinter diesem ganz bewußt gehaltenen Interessengegensatz steht allerdings keine Feindschaft. Beide Seiten wissen nicht nur, daß sie aufeinander angewiesen sind, sie geben es auch freimütig zu. Gewerkschaft und Unternehmensleitung sind sich darüber völlig einig, daß der Lohn und die Dividende nur zwei verschiedene Seiten derselben Sache sind und daß sie notwendigerweise zusammengehören. Deshalb nimmt weder die Gewerkschaft noch die Belegschaft daran Anstoß, wenn zum Beispiel am Eingang eines Hüttenwerkes auf einer großen Tafel daran erinnert wird, daß die Produktion die gemeinsame Quelle für den Lohn wie auch für die Dividende ist und daß ein Unternehmen auf die Dauer nur existieren kann, wenn es Gewinne macht und seinen Aktionären eine ordentliche Dividende zahlt.

Zu diesem Bild paßt auch, daß man in Amerika an Maschinen Hinweise darüber findet, wieviel Geld in ihnen investiert ist und was sie je Stunde kosten. Der Arbeiter erfährt so, ein wie großer Wert ihm anvertraut ist, und er wird daran erinnert, daß es in seiner Hand liegt, durch gute Leistung auf der einen Seite die Produktion möglichst zu erhöhen und auf der anderen Seite die Kosten in weitgehendem Maße zu vermindern und so auch zu seinem ganz persönlichen Vorteil den Ertrag des Unternehmens zu steigern.

In dem Wissen um die schicksalhafte Verbundenheit von Kapital und Arbeit sind uns die Amerikaner ein Stück voraus. Das ist eine der wohl wichtigsten Erkenntnisse bei unserer Reise durch die amerikanische Stahlindustrie. Sie gibt Anlaß zum Nachdenken über die Hintergründe des höheren Lebensstandards in den Vereinigten Staaten von Amerika. W. Throm

# UNSERE BILANZ

**Bergbau**
Die Berechtsame mit Grubenfeldern von insgesamt rd. 100000000 qm, davon unverritzt rd. 19000000 qm, 8 Schachtanlagen mit den Zechen Osterfeld, Jacobi, Franz Haniel, Sterkrade und Hugo Haniel, 2 Kokereien, 2 Kohlenwertstoffgewinnungsanlagen mit Schwefelsäurefabriken, 3 Kraftwerke und 1 Teerdestillation bilden den Grundstock der Anlagen des Bergbaus.

**Hütte**
Zwei Hochofen-Anlagen mit insgesamt 9 Öfen sowie 1 Erzbrech- und Klassieranlage, 1 Thomas-Stahlwerk, 2 Siemens-Martin-Stahlwerke, 1 Rotor-Stahlwerk, 2 Block-Walzwerke, 1 Halbzeugstraße, 1 schwere Profilstraße, 1 Stabstahl-Walzwerk, 1 Feineisenstraße, 1 Draht-Walzwerk, 1 Radsatzschmiede, 2 Grobblech-Walzwerke, 1 Mittelblechwalzwerk, 1 Feinblechwalzwerk, 1 Preßwerk und 1 Zement- und Hüttensteinfabrik nebst Energie- und sonstigen Hilfsbetrieben in Oberhausen sowie das Drahtwerk in Gelsenkirchen bilden die Grundlage der Werksanlagen der Hütte.

Hierbei handelt es sich um vorübergehend angelegte flüssige Mittel, die für Investitionszahlungen vorgesehen sind.

Zu den wesentlichen Beteiligungen gehören die Ruhrchemie Aktiengesellschaft, Oberhausen-Holten, und die Hansa-Rohstoffverwertung GmbH, Düsseldorf; sie dienen namentlich der Gasverbundwirtschaft bzw. der Rohstoffversorgung.

Im Zuge der Umwandlung der Bergbau-Aktiengesellschaft Neue Hoffnung auf unsere Gesellschaft zum 1. Oktober 1959 wurden an Stelle des bisher unter Beteiligungen ausgewiesenen Betrages von 103476600 DM die entsprechenden Vermögens- und Schuldposten aus der Umwandlungsbilanz der Bergbau-Aktiengesellschaft Neue Hoffnung in unsere Bücher übernommen. Hierauf ist auch die Erhöhung der Bilanzsumme unseres Unternehmens von 796700000 DM zum 30. September 1959 auf 1190600000 DM zum 30. September 1960 im wesentlichen zurückzuführen.

Seit der Währungsreform erhöhten sich die Vorräte (einschl. Anzahlungen) des Gesamtunternehmens im Zusammenhang mit der Ausweitung des Geschäftsumfangs um rd. 100000000 DM. Insgesamt gesehen ist das Umlaufvermögen beträchtlich höher als die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

## Aktiva/Vermögen

| | |
|---|---|
| 776700000 DM | Anlagevermögen<br>Sachanlagen |
| 36500000 DM | Bereitgestellte Mittel |
| 27400000 DM | Beteiligungen |
| 840600000 DM | |
| 138300000 DM | Umlaufvermögen<br>Vorräte |
| 160300000 DM | Forderungen |
| 51400000 DM | Flüssige Mittel |
| 350000000 DM | |
| 1190600000 DM | |

## Passiva/Schulden

| | |
|---|---|
| Grundkapital | 260000000 DM |
| Rücklagen | 145000000 DM |
| Sonderabschreibungen und Wertberichtigungen | 163600000 DM |
| Rückstellungen | 204700000 DM |
| Anleihen und langfristige Darlehen | 244600000 DM |
| Andere Verbindlichkeiten | 144000000 DM |
| Reingewinn | 28700000 DM |
| | 1190600000 DM |

Das Grundkapital wurde gemäß dem Beschluß der Hauptversammlung vom 28. Januar 1960 von 208000000 DM um 52000000 DM auf 260000000 DM erhöht.

Die Rücklagen dienen der Stärkung des Eigenkapitals der Gesellschaft und sind teilweise zur Deckung des Gegenwartswerts der Vermögensabgabe von 122100000 DM bestimmt. Im Zusammenhang mit der Umwandlung der Bergbau-Aktiengesellschaft Neue Hoffnung auf unsere Gesellschaft sowie durch die Kapitalerhöhung und eine Zuweisung aus dem Ergebnis erhöhten sich die Rücklagen im Berichtsjahr um insgesamt 52200000 DM.

Diese Posten stellen Berichtigungen zu den Sachanlagen und zum Umlaufvermögen dar.

Hierin sind hauptsächlich Rückstellungen für Versorgungsleistungen in Höhe von 118000000 DM enthalten.

Diese langfristigen Investitionskredite werden mit unterschiedlichen Jahresraten laufend bis 1981 getilgt.

Der Posten enthält vor allem Warenschulden, erhaltene Anzahlungen sowie am Bilanzstichtag noch nicht fällige Steuern, Personalaufwendungen, Zinsen usw.

Hieraus wird die Dividende in Höhe von 12% auf das voll dividendenberechtigte Kapital und 6% auf die Aktien aus der Kapitalerhöhung 1960 gezahlt.

**Für Investitionen (Sachanlagen) wurden seit der Währungsreform bis zum 30. Sept. 1960 rd. 1102000000 DM investiert, davon durch den Bergbau rd. 382000000 und die Hütte rd. 720000000 DM.**

**Der Umsatz an die Kundschaft betrug im Berichtsjahr 1051000000 DM, davon beim Bergbau 201000000 DM und bei der Hütte 850000000 DM.**

**Am 30. September 1960 beschäftigte das Unternehmen 29833 Belegschaftsmitglieder, davon der Bergbau 14556 und die Hütte 15277.**




Jeder Hundertmarkschein,
den die Hüttenwerk Oberhausen AG
im Geschäftsjahr 1959/1960 einnahm (Umsatz),
wurde wie folgt verwendet:

Materialaufwand usw. 48,09 DM
Arbeitsaufwand 29,01 DM
Kapitalaufwand 9,81 DM
Steuern 10,41 DM
Jahresgewinn 2,68 DM




thyssenkrupp Corporate Archives

# Börse – Markt ohne Geheimnisse

**Fortlaufende Notierungen der Düsseldorfer Börse vom 1. Februar 1961**

| Name | Div | Vortag | Erster Kurs | Verlauf | Schluß | Kassa-Kurs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| ...ceu, Hagen | 12 | 596 b | — | | — | — |
| ...dler Kleyer | 0 | 395 b | 390 G | | — | 455¹/₈ b |
| ...EG | 12 | 458¹/₂ b | 456 b | 5 | 455 G | 217 bG |
| ...sch. Zellstoff | 0 | 212 G | 214 b | 18bG,b,16 | 216 G | 690¹/₄ b |
| ...ASF | 16 | 697¹/₂ b | 691¹/₂ b | 3,2,90¹/₂ | 690 G | 290 b |
| ...MW | 0 | 286 bB | 275 G | 80,3,4,15,290 | 283 G | 365 b |
| ...emberg | 8¹) | — | 365 G | | 365 G | 420 bG |
| ...erger Tief | 12 | — | — | | 420 G | 169¹/₂ b |
| ...ekula I. A. | 10 | 170 bB | 170 b | 69¹/₂bG,9¹/₂ | 169¹/₂ G | 223 b |
| ...ochumer Ver | 9 | — | — | 2 | 221 G | 490 bB |
| ...uderus | 10 | 5 B | — | | — G | 775 b |
| ...assella | 16 | 241 b | — | 65,4 | — G | 845 b |
| ...hemieverwaltung | 11 | 863 b | 845 b | | 845 G | 275 b |
| dgl. junge | | 851 b | 848 b | 7 | 275 G | 2245 b |
| ...onti Gummi | 17 | 853 b | 280 G | | 2210 G | — |
| ...ahlbusch StA | 0 | — | 2230 G | | 258 G | 781 b |
| ...aimler-Benz | 12 | 2260 b | 260 G | 60 | 778 G | — |
| ...eere-Lanz | 0 | 264 b | 787 G | 5 | 531 b | 244 b |
| ...emag | 12 | 789 b | 540 G | | 243 G | 500 G |
| ...t. Conti Gas | 11 | — | 243 b | | 500 G | |
| ...t. Erdöl | 11 | 245¹/₂ b | 500 G | | | |
| ...t. Edelstahl | 12 | 500 G | | | | |

| Name | Div | Vortag | Erster Kurs | Verlauf | Schluß | Kassa-Kurs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Dt. Linoleum | 12 | 902 b | 910 G | | — | — |
| Dierig A. | 10 | 300 G | 300 G | | 1155 G | — |
| Dortm. Union | 17 | 1168 b | 1158 b | 4bB | 183 G | — |
| Dortm. Hörder H. | 6 | 186¹/₂ b | 183 b | | — | 455¹/₈ b |
| dgl. junge | | 178 b | 175 b | | 221 G | 217 bG |
| El. Licht u. Kraft | 8 | 221 b | 220 G | | 740 G | 690¹/₄ b |
| Farben Bayer | 16 | 749¹/₂ bG | 745 b | 3bB,2 | 7.75 G | 290 b |
| Farben Liquis | | 7.85 b | 7.70 b | 7,80 | 20.00 G | 365 b |
| Fiat St.A. | 40¹¹) | 19.60 b | 20.25 b | 20 | 15.90 G | 420 bG |
| dgl. Vorz. | 20¹¹) | — | 15.80 G | | 1300 G | 169¹/₂ b |
| Feldmühle | 14 | 1350 G | 1320 G | | 402 G | 223 b |
| Felten & Guill. | 10 | 406¹/₈ b | 402¹/₂ b | 3¹/₂,2¹/₂ | 294 G | 490 bB |
| Forg. Siegerl-Est ¹²) | 6³/₄ | 294 G | 294 G | | 226 G | — |
| ... | 9 | 271 b | 271 b | | — G | — |
| ... | 6 | 1035 b | 1030 b | | 107¹/₄ G | — |
| GHH Nürnberg | 12 | 141 b | 139¹/₂ G | | 264¹/₄ G | 845 b |
| Hamborner Berg | 6 | 266¹/₄ b | 264¹/₄ b | | 650 G | 275 b |
| HEW | 7 | 660 G | 655 G | | 114¹/₂ G | 2245 b |
| Handelsunion | 15 | 115 b | 114¹/₂ G | | 722 G | — |
| Harpener Berg | 0 | 729³/₄ bG | 725 b | | 711 G | 781 b |
| Hoechster Farben | 16 | 718 bG | 714 b | | | — |
| dgl. junge | | | | | | 244 b |
| | | | | | | 500 G |

| Name | Div | Vortag | Erster Kurs | Verlauf | Schluß | Kassa-Kurs |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Heidelb. Zement | 12 | 910 G | 910 G | | 910 G | 910 b |
| Hoesch AG | 12* | 271 b | 270 bG | b, 69 | 269 G | 269³/₄ b |
| Holzmann | 16 | — | 860 G | | — | — |
| Hüttenw. Oberh. | 12* | 258¹/₂ b | 259 b | 6,7,8,9,¹/₂ | 257 b | 259 b |
| dgl. junge | 6* | — | — | | — | — |
| Hüttenw. Siegerl. | 10 | 502 b | 502 G | | 503 G | 502 bG |
| Kali-Che... | | 715 b | 715 G | 17 | 717 G | 715 b |
| Kar... | | | 1060 G | 5 | 1080 G | 1088 b |
| | | | | | 90 G | — |
| RWE StA | 13 | 813¹/₂ b | 811 b | 2 | 811 G | — |
| RWE Vz. | | 779³/₄ b | 774 b | 50 | 770 G | — |
| Rheinpreussen | 8,8 | 197 b | 198 b | | 198 G | — |
| Royal Dutch | 2¹/₄ | 157.50 b | 156.50 G | 157.20 | 157.00 G | — |
| Rütgerswerke | 12 | 500 b | — | | — | — |
| Salamander | 10 | — | 585 G | | 585 G | — |
| Salzdetfurth | 12 | — | 388¹/₂ b | 9,8 | 388 G | — |
| Schering | | 499 b | 495 b | 3¹/₂ | 495 b | — |
| ...mens & Halske | 14 | 673 b | 664 b | 5,4 | 662 b | — |
| Südw... | 14* | | | | 805 G | — |

Den meisten ist die Börse unheimlich, ein „Monte Carlo ohne Roulette". Anständige Leute verlieren dort ihr Geld und bereichern die Spekulanten. Der Geruch des Unseriösen haftet ihr an. Wer ihre Geheimnisse zu enträtseln versucht, bleibt bald im Gestrüpp unverständlicher Worte hängen. Im Börsenteil der Wirtschaftszeitungen stolpert er über Sätze wie „Die Kulisse griff ein" und wird kopfschüttelnd weiterlesen von „Kassamarkt", „Arbitrage" und „gestrichen Geld". Wer soll sich da zurechtfinden?

Der Uneingeweihte wird die Börse bestenfalls für eine launische Dame halten. Manchmal ist sie freundlicher Stimmung, stetig und fühlt sich wohl, gelegentlich belebt sie sich und wird sogar optimistisch. Dann sinkt aus unerfindlichen Gründen ihr Gefühlsbarometer; sie zeigt eine unsichere Haltung, wird nervös, neigt zur Schwäche, ist verstimmt oder flau und erscheint schließlich lustlos, gedrückt und enttäuscht.

Es wundert wenig, wenn eine so unheimliche, unverständliche und von Stimmungen heimgesuchte Institution oft wenig beliebt ist — falls man sie überhaupt beachtet. Doch wer etwa glaubt, die Börse sei ein von dunklen Geheimnissen umwitterter Ort, der sieht sich getäuscht. Die Börse ist nicht geheimnisvoller als das Wirtschaftsleben schlechthin. An den Börsen wird gehandelt — eingekauft und verkauft — wie an den vielen anderen Märkten für Lebensmittel, Textilien, Möbel oder Rohstoffe. Der Name Börse stammt übrigens von dem Platz vor dem alten Patrizierhaus der Familie van der Beurse im flämischen Brügge, wo die großen Handelshäuser standen und wo sich im 15. Jahrhundert italienische und andere ausländische Kaufleute zu versammeln pflegten, um hier ihre Geschäfte zu tätigen. Seitdem bezeichnet man als Börse einen regelmäßig stattfindenden Markt für Güter, deren Beschaffenheit allgemein bekannt ist und deren Mengen untereinander austauschbar sind. Die Wertpapierbörse ist nun der Markt, auf dem Wertpapiere — in erster Linie Aktien — gehandelt werden.



„An der Börse". — Lithographie des französischen Malers Honoré Daumier. Geradezu trefflich hat der Künstler die Physiognomie der dargestellten Personen festgehalten.

## ANGEBOT UND NACHFRAGE

Gehandelt im wahrsten Sinne des Wortes, denn an jedem Börsentag stehen sich erneut Angebot und Nachfrage der Aktien der verschiedenen Firmen gegenüber. Die Hauptaufgabe der Börse besteht nun darin, im Spiel von Angebot und Nachfrage alle Meinungen über ein Wertpapier, das betreffende Unternehmen sowie auch die allgemeine wirtschaftliche und sogar die politische Lage widerzuspiegeln. Die Börse bewertet also ständig die gehandelten Wertpapiere.

Aktienkurse entstehen nach dem gleichen Gesetz wie Eierpreise: Wenn das Angebot groß ist und die Nachfrage schwach, sind auch die Kurse meist niedrig. Wenn jedoch das Angebot klein und Nachfrage groß ist, dann steigen die Eierpreise, und auch für die Aktie muß mehr bezahlt werden. Die Kurse, die sich auf diese Weise an der Börse herausbilden, geben an, mit wieviel Prozent des Nennwertes einer Aktie das Papier am Markt bewertet wird. Wenn eine Aktie mit dem Nennwert von 100 DM einen Börsenkurs von 250 Prozent hat, so heißt dies, daß man über die Börse eine solche Aktie für 250 DM kaufen oder 250 DM für sie erhalten kann, wenn man sie verkauft. Es ist ein reiner, selten vorkommender Zufall, wenn der Nennwert einer Aktie mit ihrem Kurswert übereinstimmt. Die Aktie notiert in diesem Fall an der Börse mit 100.

Im Gegensatz zur landläufigen Meinung, nach welcher die Börse der Spekulation diene, wo „Geschäftstüchtige" die Unerfahrenen übers Ohr hauen, ist die Börse ein Ort zur sachlichen und korrekten Preisbildung. Jeder, der Wertpapiere kauft oder verkauft, erhält für seine Papiere den amtlich festgesetzten Kurs, ganz gleich, ob er etwas vom Geschäft versteht oder nicht.

Die Börse bietet den Wertpapierbesitzern heute allen erdenklichen Schutz und verhindert die Auswüchse der Spekulation, wie sie noch im vergangenen Jahrhundert häufig vorkamen. Diesen Schutz gewährleistet vor allem die Zulassungsstelle für

Geschäftsbetrieb im Börsensaal der Düsseldorfer Börse. Die mit großer Lautstärke vorgebrachten Ausrufe der Makler gehören zum besonderen Kolorit des Börsenlebens.



Industrie Archiv

Wertpapiere. Sie prüft die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Unternehmen, deren Aktie oder Obligationen zum Börsenhandel zugelassen werden sollen. Zu diesem Zweck legt ein Bankenkonsortium einen Prospekt vor. Beanstandet die Zulassungsstelle den Prospekt, so wird das Wertpapier erst dann zugelassen, wenn der Prospekt geändert ist. Lehnt die Zulassungsstelle einer einzigen Börse das Papier ab, so schließen sich alle anderen Börsen an. Die amtliche Notierung an der Börse garantiert somit, daß die Emission aufs schärfste geprüft wurde.

## DER FREIHANDEL

Nun gibt es aber auch Aktien, die nicht zum „amtlichen Börsenhandel" zugelassen sind. Sie werden im „geregelten Freiverkehr" gehandelt und erscheinen unter dieser Rubrik auch am Schluß des Kurszettels der Wirtschaftszeitungen. Eine reguläre amtliche Kursfestsetzung erfolgt im Freiverkehr nicht. Die Geschäfte schließen die Börsenvertreter untereinander ab. Der Makler stellt lediglich den Mittelkurs fest. Warum nun sind solche freigehandelte Aktien nicht zum amtlichen Börsenhandel zugelassen? Manche Firmen scheuen einfach die strenge Prüfung der Zulassungsstelle und die Kosten, die mit diesem Verfahren und der Veröffentlichung des Prospektes verbunden sind. Oder sie legen einfach keinen Wert darauf, bei den seriösen Unternehmen unter den amtlich notierten Werten aufgeführt zu sein. Manche Aktien müssen sich auch erst bewähren. Für sie ist der geregelte Freiverkehr die Vorstufe zum amtlichen Börsenhandel. Im Freiverkehr dürfen sich amtliche Makler, von denen gleich noch die Rede sein wird, nicht betätigen. Dies übernehmen die „freien Makler". Für sie bestehen nicht die strengen Zulassungsbestimmungen wie für ihre amtlichen Kollegen. Sie müssen allerdings 50000 DM Sicherheit hinterlegen, denn sie haben für eventuelle Versehen, wenn beispielsweise ein Auftrag vergessen oder ein Posten statt verkauft gekauft wurde, Schadenersatz zu leisten. Für Fehler der amtlichen Makler haftet demgegenüber die Maklerkammer.

Neben dem amtlichen Börsenhandel und dem geregelten Freiverkehr gibt es noch den „Telefonverkehr". Hier handeln die Bankenvertreter unter sich. Diese Papiere finden wir auf dem Kurszettel unter den „unnotierten Werten". Meist sind es junge, zum amtlichen Verkehr noch nicht zugelassene Aktien.

## ACHT WERTPAPIERBÖRSEN

Nach allem, was wir bisher gehört haben, zeigen die Funktionen der Börse, wie wichtig sie für die Finanzierung der Wirtschaft ist, denn ohne langfristig angelegtes Kapital ist eine geordnete Produktion überhaupt undenkbar. Sie besitzt eine große Bedeutung für die Kapitalbeschaffung und -verteilung, indem sie den Wertpapieren erst die Vorteile verleiht wie leichte Verkäuflichkeit, ständige Bewertung, Sicherheit, amtliche Kurse usw., mit der sie die Umwandlung von Geldkapital in Wertpapiere und umgekehrt ermöglicht. Den Banken bietet sie darüber hinaus die Möglichkeit, zu Investitionszwecken gegebene oder sonst ihrer Natur nach langfristige Kredite auf dem Wege der Emission von Aktien oder Obligationen zu refundieren.

Mit der Ausbreitung der Aktiengesellschaft als Rechtsreform für viele Industriegesellschaften entstanden in Deutschland die Wertpapierbörsen im heutigen Sinne während des letzten Jahrhunderts. Warenbörsen dagegen gab es in Deutschland schon im 16. Jahrhundert in Augsburg, Nürnberg, Hamburg und Köln. Führend für den Effektenhandel war zunächst Frankfurt, insbesondere wegen seines durch die Rothschilds vorangetriebenen Bankenwesens. Zur Zeit gibt es in Deutschland acht Wertpapierbörsen: in Frankfurt, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Stuttgart, München, Bremen und West-Berlin. Die Börsen in der sowjetisch-besetzten Zone wurden 1945 geschlossen. Die für die Ruhrindustrie besonders wichtige Rheinisch-Westfälische Börse mit dem Sitz in Düsseldorf wurde im Zuge der Börsenreform — wodurch die Zahl der Wertpapiermärkte in Deutschland von 21 auf 9 reduziert wurde — 1935 gegründet, und zwar durch die Zusammenlegung der Kölner, Essener und der Düsseldorfer Börse.




▲ Aktien sind eine alte Sache. Dieses Papier einer Schiffahrtsgesellschaft aus dem Jahre 1839 ist wohl eine der ältesten heute noch in Düsseldorf gehandelten Aktien.

## BESUCH AN DER BÖRSE

Ein Besuch an der Börse, allerdings muß man sich vorher durch den Börsenvorstand oder durch die Banken eine Einlaßkarte besorgen, ist eine recht interessante Sache. Da es den meisten Menschen jedoch nicht möglich sein wird, die Geschäftstätigkeit an der Börse persönlich zu erleben, wollen wir jetzt einmal zu beschreiben versuchen, wie sich so etwas abspielt. Das Geschäft an den Wertpapierbörsen läuft ab von montags bis freitags in der vorgeschriebenen Zeit zwischen 12 und 14 Uhr. Doch hängt nicht etwa ein Schild an der Börse „An- und Verkauf von Aktien von 12 bis 14 Uhr", denn das wäre auch unangebracht. Man kann nämlich nicht einfach Geldscheine in die Tasche stecken und an der Börse lustig Aktien kaufen. Das Geschäft wickelt sich ab durch Bankenvertreter und Börsenmakler. Doch schauen wir uns das einmal aus der Nähe an:

Es ist kurz nach zwölf Uhr. Ein ohrenbetäubender Lärm schlägt einem beim Eintritt in den Börsensaal des neuen Düsseldorfer Börsengebäudes entgegen. Das Börsengeschäft ist in vollem Gange. Von der hohen Maklerschranke an einer der Längsseiten rufen die Makler ihre Angebote in den Saal. Über ihren Köpfen hängen die „Märkte", bewegliche, weithin sichtbare Schiefertafeln, auf denen die Maklergehilfen, die Substituten, mit Kreide die Kurse notieren. Hitzige Rufduelle setzen ein zwischen den Maklern und den Bankenvertretern, die vor der Schranke gespannt die Entwicklung der Kurse verfolgen. Einige Gruppen wandern vom Markt. Vor einer Tafel gibt es einen Auflauf, hier scheint ein besonders interessanter Kurs sich anzubahnen. Hilfskräfte notieren in den Telefonkabinen letzte Kauf- oder Verkaufsorders der Bankkundschaft. Um 12.30 Uhr werden die ersten Jacken ausgezogen. Zwischen der Maklerschranke und den Büros der Bankenvertreter, wo die Telefone schrillen und Fernschreiber rattern, sausen Boten mit Kaufaufträgen hin und her. Andere notieren die Kurse und geben sie über Telefon oder Fernschreiber zu den Banken und zu anderen Börsenplätzen weiter.

Die Frage wird oft gestellt: Was sind das eigentlich für Menschen, die an der Börse handeln? Händler, Spekulanten, Börsenjober, wie man sie aus Romanen kennt? Wer Gelegenheit hat, einmal eine der acht Börsen in der Bundesrepublik zu besuchen, wird dort Menschen antreffen, die meist seriös und streng, ja, wie Bankbeamte aussehen. Und tatsächlich, die meisten von ihnen sind Bankbeamte, die im Auftrage ihres Instituts oder ihrer Bankkundschaft Aktien handeln. Es geht an der Börse weder feierlich noch besonders turbulent zu. Was den Besucher aber etwas verwirrt, sind die oft mit größter Lautstärke und mehr oder weniger humorvoll dargebrachten Ausrufe der Makler.

Zugegeben: Auf den ersten Blick ist das ein verwirrendes Gefühl. Der Börsensaal gleicht einem stimmenbrodelnden Marktplatz. Da fährt der Makler X an seinem Schalter hoch und bietet mit großem Stimmaufwand Aktien der Hütte Oberhausen an: Er schreit: „Wer will Oberhausen? — 258,5 Brief für Hütte Oberhausen!" Zwei Schalter weiter beugt sich der Makler Y über die Schranke und brüllt: „Wer kann Farben Bayer handeln? Bayer! Bayer!" — — Der Saal beginnt allmählich zu kochen. Gestikulierend stehen die Bankenvertreter vor der Schranke, Notizbücher in der Hand, darin haben sie ihre Aufträge notiert. Die Makler, die hinter der Barriere die Kurse in den Saal schreien, sind jeweils spezialisiert auf bestimmte Papiere. Obwohl der Makler die Kurse „amtlich" feststellt, ist er selbst kein Beamter, sondern ein selbständiger Kaufmann, betraut mit einer öffentlichen Aufgabe. Er steht im Dienst des Börsenvorstandes. Sein Einkommen bezieht er aus der Courtage, die ein Promille des umgesetzten Wertes beträgt. — — Zahlen schwirren durch den Saal. Im Stakkato-Tempo bieten andere Bruchteile eines Prozents hinzu, bis der Makler dem letzten, der geboten hat, zuschreit: „An Sie!" Dann sind die genannten Aktien — jene buntbedruckten Urkunden, die ihrem Besitzer einen Kapitalanteil an einer Aktiengesellschaft verbriefen — verkauft.

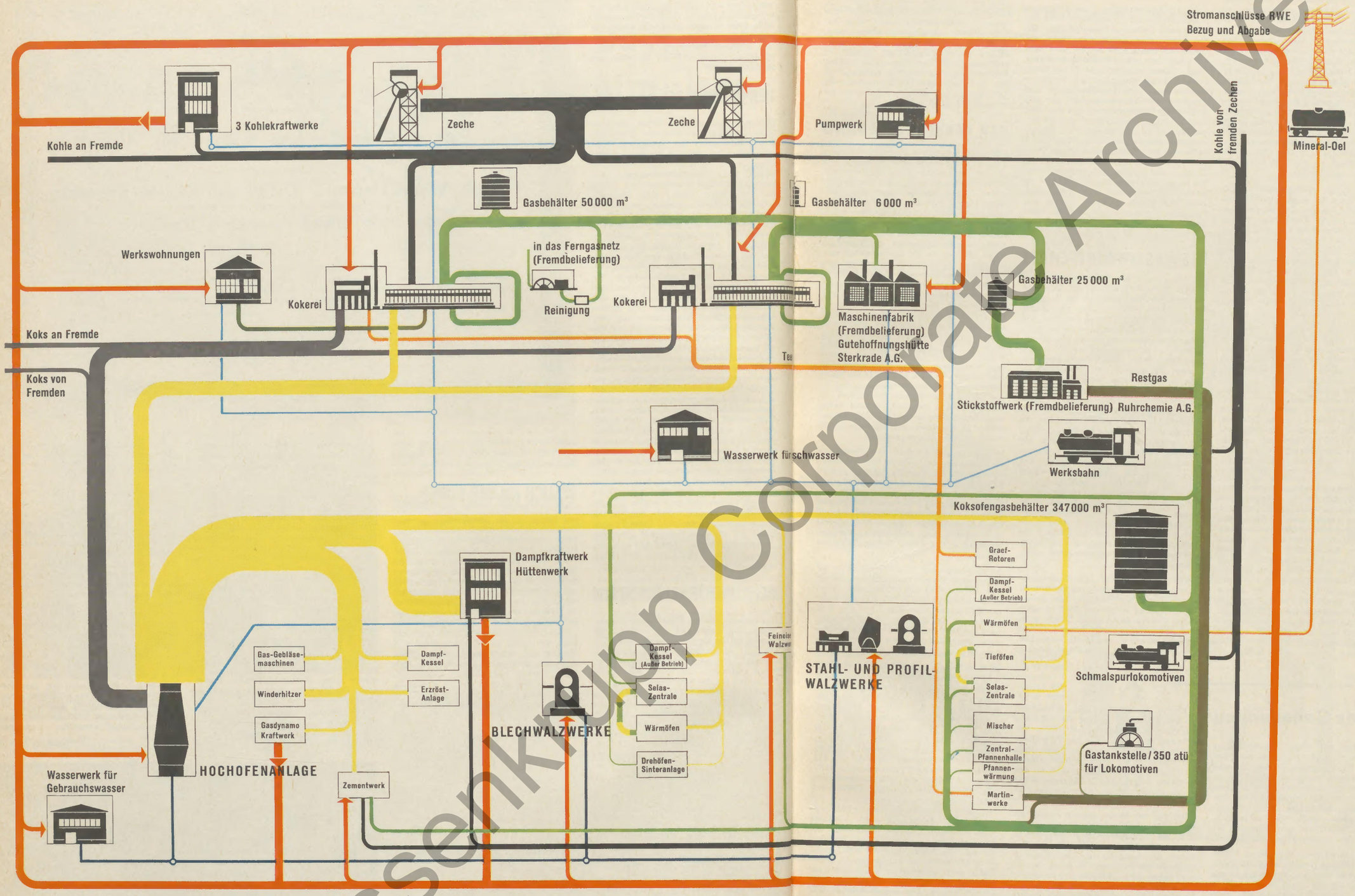
Fortsetzung Seite 26



▶ Das neue Gebäude der Rheinisch-Westfälischen Effektenbörse an der Berliner Allee in Düsseldorf — ein Kapitalaustauschplatz ersten Ranges — wurde 1957 eröffnet.

Unternehmensarchiv Corporate Archives

# Energie-Verbundwirtschaft im Oberhausener Raum




Die moderne Wirtschaft hat keinen Raum für Zufälle. Alles unterliegt den strengen Gesetzen der ökonomischen Vernunft. So führten Gründe der absoluten Wirtschaftlichkeit im Oberhausener Raum schon verhältnismäßig frühzeitig zu einer nach allen Seiten hin gut funktionierenden Verbundwirtschaft zwischen Bergbau, Hüttenwerk und den Stahl verarbeitenden Betrieben in Sterkrade, in die auch die Ruhrchemie in Oberhausen-Holten einbezogen ist.

Die Verbundwirtschaft im Oberhausener Raum wird vielfach sogar als „klassisches Beispiel des Energie-Verbundes" bezeichnet. Eine solch sinnvolle und enge verbundwirtschaftliche Verflechtung dürfte anderswo wohl kaum anzutreffen sein. Die obige Schema-Zeichnung zeigt das System und die vielfachen Verästelungen dieses Verbundes. Unter Verbundwirtschaft ist in der Montanindustrie im allgemeinen der Austausch von Energieträgern zwischen verschiedenen Betriebseinheiten, insbesondere von Gichtgas, Koksofengas und elektrischem Strom zu verstehen. Im weiteren Sinne – speziell auf die Oberhausener Verhältnisse bezogen – gehören hierzu auch die gemeinsame Wasserversorgung, die Werksbahn und die Hafenanlagen. Die technische Entwicklung während der letzten hundert Jahre und die Wechselwirkung zwischen Kohle und Eisen haben im Oberhausener Raum zu einer engen Verflechtung geführt. Der große Bedarf an Energie auf beiden Seiten drängte auf eine beide Teile befriedigende Lösung.

So konnten durch den Austausch von Gas, Strom und die gemeinsame Wasserversorgung für Hütte und Bergbau hohe wirtschaftliche Vorteile erzielt werden. Das gemeinsame Transportwesen vereinfachte und verbilligte ferner die Transporte der Massengüter für die angeschlossenen Betriebe.
Das Ganze ist organisch und in gesunder Entwicklung gewachsen und sammenverwachsen. Kaum an einer anderen Stelle des Ruhrgebietes findet man eine so naturgegebene, enge Verflechtung von Kohle und Eisen wie im Oberhausener Raum. Nur in gemeinsamer Planung und mit stetem Blick auf die Gesamtheit konnte ein auch heute noch so vollkommenes Verbundsystem geschaffen werden, das bis in alle Einzelheiten rationelles Denken verkörpert.

Die technisch-geschichtliche Entwicklung zeigt, daß der Hochofen den Anstoß zum Bau der Kokereien gegeben hat. Seit dem Anblasen des ersten Koks-Hochofens im Jahre 1855 auf unserer Eisenhütte hat die große Zeit der Kohle begonnen. Das Hüttenwerk war aus Gründen der Sicherstellung seines Brennstoffbedarfs von Anfang an aufs engste mit dem Bergbau verbunden.

Die weitere Entwicklung hat gezeigt, wie fruchtbringend und wirtschaftlich sinnvoll die Verflechtung von Kohle und Eisen vollzogen wurde. Infolge der gemeinsamen technischen und kaufmännischen Leitung des Gesamtunternehmens war man in der Lage, die Investitionsplanung zu lenken und auszurichten auf den größten Effekt für das Gesamtwerk. →

Thyssenkrupp Corporate Archives

Der Hochofenkoks wurde von vornherein in eigenen Kokereien erzeugt, so daß das Ziel der Sicherung der eigenen Kohlengrundlage für das Hüttenwerk bereits um die Jahrhundertwende erreicht war. Im Ruhrgebiet befanden sich die großen Kokereien sämtlich bei den Zechen. Nur so ist es zu verstehen, daß im Jahre 1907 die Oberhausener Hüttenkokerei auf dem Hochofengelände abgebrochen und dafür die Kokereien bei den Zechen Osterfeld, Jacobi ausgebaut wurden. Man konnte infolge der ohnehin engen Verbindung zur Kohle auf die Hüttenkokerei bewußt verzichten und dadurch die Transportkosten der Kohle zum Eisen wesentlich ermäßigen.

## DER GASVERBUND

Im Zuge des Ausbaues der Wärme- und Gaswirtschaft (1920) wurde das anfallende Koksofengas weitgehend als Heizmittel für die ausgedehnten Kesselanlagen und Ofenanlagen in den Stahl- und Walzwerken verwendet. So entstand die Gas-Verbundwirtschaft. Die erste Koksofengasleitung verband die Kokerei der Zeche Vondern (Überschuß-, noch kein Austauschgas) mit dem Martinwerk, 1922 wurden die Kokereien Osterfeld und Jacobi durch eine 450er Leitung mit dem Stahl- und Walzwerk Neu-Oberhausen verbunden, unter gleichzeitiger Inbetriebnahme eines 20000 Kubikmeter fassenden MAN-Gasbehälters, den man später auf 40000 cbm vergrößerte. Die folgerichtige Entwicklung der Gas- und Stromwirtschaft seit 1922 hat sowohl dem Hüttenwerk als auch dem Bergbau große Vorteile gebracht.

Ab 1928 erfolgte der weitere Ausbau der Gas-Verbundwirtschaft. Der Bergbau, vor allem die chemische Industrie und die Ferngasgesellschaften (öffentl. Gasversorgung) hatten ein Interesse, Koksofengas in größeren Mengen freizumachen. So haben wir im Oberhausener Raum den einmaligen Fall, daß der größte Teil des Koksofengases zunächst der chemischen Industrie (Ruhrchemie AG, Holten) zur Stickstofferzeugung zugeleitet und dort verbleibende Restgase dem Hüttenwerk, hauptsächlich den Martinwerken, als Heizgas zur Verfügung gestellt wird. Außerdem werden an die Ruhrgas AG größere Mengen an Koksofengas geliefert, der verbleibende Rest wird dem Hüttenwerk zugeführt. Auch die Entflechtung hat diese organisch gewachsene Verbindung nicht wesentlich zu stören vermocht. Das ist insbesondere der guten und verständnisvollen Zusammenarbeit von Bergbau und Hütte zu verdanken, die auch nach der Verselbständigung der Gesellschaften beispielhaft blieb.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in der gesamten Gaswirtschaft von Bergbau und Hütte eine so enge und vorbildliche Verflechtung vorhanden ist, wie sie kaum ein anderes Werk des Ruhrgebietes aufzuweisen hat.

## DIE KRAFTWERKE

Schon vor etwa 25 Jahren konnte mit fortschreitender Elektrifizierung, besonders in den Walzwerken, der Stromverbrauch nicht allein aus dem im Hochofen anfallenden Gichtgas über Gasdynamomaschinen gedeckt werden. Der Stromverbund zwischen Hütte und Bergbau führte schon damals zu einer sehr wirtschaftlichen Lösung. Das nach dem Kriege auf Ballastkohle basierende Kraftwerk der Zeche Sterkrade wurde bereits bis zum Jahre 1939 auf eine installierte Leistung von 40 MW gebracht. Da Ballastkohle als niederwertige Kohle wegen ihres Aschegehaltes bis zu 40% und ihres Wassergehaltes bis zu 12% praktisch unverkäuflich ist, bot sich ihre Verwertung durch Umwandlung in Dampf und Strom förmlich an. Das 1922 fertiggestellte Ringnetz zwischen Hütte und Bergbau erhielt 1941 einen 1000-kV-Anschluß an das RWE-Netz, der 24 MW übertragen konnte.

Nach dem Kriege mußte im Gegensatz zum Gasverbund der enge Stromverbund zum Teil gelöst werden. Der Bergbau errichtete u. a. auf der Zeche Franz Haniel ein neues Kraftwerk, das Überschußstrom an das hiesige Elektrizitätsversorgungsunternehmen abgibt, während die Hütte Strom von dort bezieht. Als Folge der Rückverflechtung ist aber auch hier die Wiederherstellung der engen Verbundwirtschaft zu erwarten, was sowohl für Hütte und Bergbau wirtschaftliche Vorteile bringen wird.

Unserem Bergbau standen bei Kriegsende nur die drei alten 6000 kW-Generatoren des Kraftwerkes Zeche Sterkrade zur Verfügung. Bis 1949 gelang es, den durch Kriegseinwirkungen stark beschädigten 21000 kW-Generator des gleichen Kraftwerks wieder in Betrieb zu nehmen, wodurch sich die Gesamtkapazität auf rd. 40000 kW erhöhte. Im Jahre 1950 begann der Bau des Kraftwerkes Zeche Osterfeld. Bis Ende 1953 wurde durch die Inbetriebnahme der 21000 kW-Vorschalt- und der 32000 kW-Nachschaltmaschine im Kraftwerk Zeche Osterfeld die gesamte Zechenkraftwerksleistung auf 92000 kW erhöht.

Ende 1961 wird im Kraftwerk Zeche Osterfeld eine 21000 kW-HD-Kondensationsturbine in Betrieb gehen. Das Kraftwerk Zeche Franz Haniel kam zu Beginn des Jahres 1955 mit einer 21000 kW-Vorschaltmaschine und einer 26000 kW-Nachschaltmaschine in Betrieb und erhöhte damit unsere Zechenkraftwerksleistung auf 139000 kW. Im Jahre 1958 wurde mit dem Bau der HD-Vorschaltanlage im Kraftwerk Zeche Sterkrade begonnen. Die Anlage umfaßt eine 30000 kW-Vorschaltmaschine und 2 Hochdruckkessel mit je 150 t Dampfleistung je Stunde. Der Ausbau erfolgt in 2 Stufen und wird bis Ende 1960 beendet sein. Die gesamte installierte Zechenkraftwerksleistung erhöht sich damit auf 169000 kW. Für Ende 1961 ist ferner die Inbetriebnahme einer 21000 kW-HD-Kondensationsmaschine im Kraftwerk Zeche Osterfeld vorgesehen; damit sind dann insgesamt 190000 kW-Zechenkraftwerksleistung installiert.

Zur Dampfversorgung der Gebläsemaschinen für das Thomaswerk hatte das Hüttenwerk Flammrohrkesselanlagen. Da die Kessel aber größtenteils schon ein halbes Jahrhundert alt waren, ging man 1953 dazu über, ein neues Dampfkraftwerk für das Hüttenwerk zu bauen. Dieses Kraftwerk hat die Aufgabe, die veralteten Kesselanlagen auf Neu-Oberhausen und der Alten Walz abzulösen, dient also zum Antrieb der Blockbrammen- und der alten Grobblech-Duo-Straße, ferner den steigenden Bedarf an Hochofenwind zu decken, zusätzlich Strom zu liefern und durch seine Fahrweise den Gichtgashaushalt der Hütte zu regulieren, indem es wahlweise mit Gichtgas und Kohlenstaub betrieben werden kann. Die Umstellung von Gichtgas auf Kohle und umgekehrt wird automatisch vom Dampfdruck geregelt, was in nur Sekunden geschehen kann. In drei Hochdruckkesseln von je 100/125 t/h wird Dampf von 510 Grad C, 80 atü erzeugt.

## DIE WASSERWIRTSCHAFT

Ein Hauptpunkt des Oberhausener Verbundes ist die Wasserwirtschaft. Der hohe Wasserbedarf der Hütte und des Bergbaus führte bereits 1898 zum Bau des Grundwasserwerks Aakerfähre an der Ruhr. Die Wassergewinnungsanlagen — 53 vertikale Kiesschüttungsbrunnen und ein Horizontalbrunnen — schöpfen aus den im Ruhrtal lagernden Ruhr- und Rheinkiesen ein Wasser, das sowohl als Trinkwasser als auch für hochwertige technische Zwecke Verwendung findet. Da das natürliche Grundwasservorkommen jedoch zur Deckung des Bedarfs nicht ausreicht, die Grundwasserstände außerdem ständig fallen, die natürliche Infiltration des Ruhrflusses infolge der Verschmutzung der Sohle und der Böschung versiegt ist, wird eine künstliche Wasseranreicherung vorgenommen. Die Anreicherung des Grundwassers erfolgt über eine Versickerungsgalerie mit in offener Schnellfilteranlage vorgereinigten und nachträglich schwach gechlortem Ruhrwasser. Die gesamten Wasserfassungsanlagen an der Aakerfähre werden zur Zeit umgebaut, so daß in Zukunft die Wasserbeschaffung von vier Horizontalbrunnen und 15 Vertikalbrunnen übernommen wird.

Das Emscherwasserwerk — ein Flußwasserwerk — dient zur Versorgung mit Brauchwasser. Das Emscherwasser, vom Einlauf an der Emscher kommend, fließt in natürlichem Gefälle durch einen Düker unter dem Rhein-Herne-Kanal hinweg, einem Schöpfungswerk zu, wo es mit Schraubenschauflern auf eine Kläranlage gehoben wird. Zwei runde Klärbecken von 45 m Durchmesser übernehmen die mechanische Klärung in einer Klärzeit von einer bis anderthalb Stunden, wobei etwa 90 Prozent der absetzbaren Stoffe entzogen werden. Das so gereinigte Wasser genügt dem grobtechnischen Verwendungszweck (Ofenkühlung, Walzenkühlung, Sinterabspülung, Entzunderung usw.). Wo die betrieblichen Verhältnisse einen noch größeren Reinlichkeitsgrad vorschreiben, erfährt dieses vorgereinigte Wasser in größeren Druckfilteranlagen eine weitere Aufbereitung. Eine derartige Anlage ist an der kontinuierlichen Halbzeugstraße in Betrieb, weitere Anlagen ähnlicher Art werden in Zukunft errichtet.

## DER VERKEHRSVERBUND

Von ganz besonderer Wichtigkeit für die Verbundwirtschaft im Oberhausener Raum ist der Verkehrsverbund, der aus der Schemazeichnung zwar nicht hervorgeht, seiner Bedeutung wegen aber nicht unerwähnt bleiben darf. Der Beginn des Werkseisenbahnverkehrs im Oberhausener Raum reicht zurück bis in jene Zeit des 19. Jahrhunderts, in der man in Deutschland die ersten Eisenbahnstrecken eröffnete. Im Jahre 1847 wurde ein Gleisanschluß vom damaligen Walzwerk Oberhausen zur Köln-Mindener Eisenbahn gebaut, und 1849 wurde der erste Anschlußvertrag zwischen der Gewerkschaft Jacobi, Haniel und Huyssen und der Direktion der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft abgeschlossen. Schon wenige Jahre später verband ein normalspuriges Schienennetz die einzelnen Werksabteilungen, nach 1870 wurden auch die Zechenbetriebe in dieses Netz einbezogen. Als dann im Jahre 1905 der Südhafen Walsum und die 14 km lange Hafenstrecke dem Betrieb übergeben wurde, war auch der unmittelbare Anschluß an die größte deutsche Wasserstraße und damit an die Seeschiffahrtswege hergestellt. Außerdem ist in Sterkrade noch die Ruhrchemie an das Streckennetz angeschlossen.

Die wichtigste Aufgabe des Verkehrsverbundes liegt darin, die für die Produktion von Bergbau, Hütte und Verarbeitung erforderlichen Ausgangsprodukte rechtzeitig und in den gewünschten Mengen heranzuführen und die erzeugten Güter sowie die bei der Erzeugung entstandenen Abfallstoffe schnell abzubefördern. Beim heutigen Produktionsstand werden durch die Abteilung Verkehr im Monat etwa 1,5 Mill. Tonnen Güter befördert.

Im Gesamtbereich des Verkehrsbetriebs liegen etwa 250 km Normalspurgleise mit über 900 Weichen und 300 Signalen, nahezu 40 Stellwerke, fast 70 Brücken und mehr als 200 Brückenbauwerke über den Erzbunkern an den Hochöfen. Zum Fahrzeugpark gehören etwa 50 Dampflokomotiven, sechs Dieselloks und mehr als 2200 Eisenbahnwagen verschiedener Bauart.

Im Rahmen des Verkehrsverbundes spielt auch der Südhafen Walsum eine große Rolle. Zu den Aufgaben dieses Hafens gehören die Lagerung und der Umschlag wichtiger Rohstoffe, wie Erz, Schrott, Gipssteine, Zementklinker, Schwefelsäure und Holz, von Kähnen in Eisenbahnwagen. Fertigprodukte, wie Kohle, Koks, Ammoniak, Kalk-Ammon-Salpeter, Naphtalit, Schlacke sowie Fertigerzeugnisse der Hütte und des Drahtwerkes Gelsenkirchen sowie der GHH Sterkrade werden sowohl in stromaufwärts wie stromabwärts fahrende Schiffe verladen. Rotterdam und Antwerpen sind die Hauptumschlaghäfen für Importerze und für Fertigprodukte, die nach Übersee exportiert werden. Küstenmotorschiffe bringen ihre Fracht unmittelbar von Walsum bis nach Norwegen, England und Frankreich. Der Hafen hat Kaianlagen am Rhein und an zwei Hafenbecken. Die monatlichen Umschlagmengen liegen zur Zeit bei etwa 350000 Tonnen. Davon sind etwa 200000 Tonnen Erz und 20000 Tonnen ausgehende Kohle und Koks. Rund 200 Schiffe laufen monatlich den Hafen an.

Die wirtschaftlich-technische Vollkommenheit der Oberhausener Verbundwirtschaft zeigt aber auch, daß die Wirtschaft kein Selbstzweck ist. Sie ist für die Menschen da. Deshalb ist die Verbundwirtschaft ein Teil der „wirtschaftlichen Vernunft", von der wir anfangs sprachen. Die Verbundwirtschaft ist gleichbedeutend mit Sicherheit. Und Sicherheit ist es, was die Menschen brauchen, um ihr Leben aufzubauen.

---

## Fortsetz.: Börse – Markt ohne Geheimnisse

Auf den Schiefertafeln erscheinen, schnell hingekritzelt — die Kurse. Übrigens bilden sich mehrere Kurse hintereinander innerhalb der Börsenstunden, die mal höher, mal niedriger liegen. Daher nennt man sie auch „variable", schwankende Kurse, von denen das amtliche Börsenblatt nur die Grenzwerte, d. h. den höchsten und den niedrigsten bzw. den Anfangs- und den Schlußkurs, notiert.

Das Stichwort „Brief", das immer wieder in den Ausrufen der Makler auftaucht und an den Tafeln durch ein „b" dargestellt wird, bedeutet, daß zu dem betreffenden Kurs, mit dem „Brief" im Zusammenhang genannt wird, ein Verkaufsangebot besteht. Das Zeichen „G" bedeutet „Geld", d. h. Nachfrage, also ein Kaufangebot. Im Börsenhandel bedeutet der Ruf „Geld" zugleich mit dem Kurs (zum Beispiel: „GHH 1030 Geld"), daß der Rufer dieses Papier zu dem genannten Kurs kaufen will. Werden die Kaufanträge nur zum Teil ausgeführt, so wird verzeichnet: „bez. G.", d. h. „bezahlt Geld".

Gelegentlich kommt es auch vor, daß auf einer Tafel die Zeichen „— — —" zu sehen sind. Das bedeutet „minus minus" und weist hin auf einen vermutlich großen Kurseinbruch bei diesen Aktien. Laufen also große Kauforders ein, die bei einer etwaigen Marktenge nicht unterzubringen sind, so weisen die Minuszeichen auf die kommende Kursanomalie hin und erlauben dem Publikum, noch umzudisponieren. Um jedoch ungerechtfertigte Schwankungen zu verhindern, greift hier unter Umständen „die Kulisse" ein. Dies sind die Makler, der berufsmäßige Börsenstand.

Sie halten selbst einen Bestand an Aktien. Ist die Marktlage günstig, nutzt das Publikum sie aber nicht aus, so tritt die Kulisse als Käufer auf und bringt das Geschäft in Schwung. Umgekehrt verkauft sie, wenn eine stoßweise auftretende Nachfrage die Kurse unverantwortlich in die Höhe treibt. Die Kulisse wirkt also wie ein Puffer und bremst ungesunde Kursschwankungen nach oben und nach unten. Bei überstarker Nachfrage kann auch der Kurskommissar, ein Mitglied des Börsenvorstandes, einen Taxkurs festlegen und die Zuteilung der betreffenden Aktien rationieren, falls sich telefonisch kein weiteres Material hereinholen läßt.

Ergeben sich zwischen zwei oder mehreren Börsen unterschiedliche Kurse, wird etwa HOAG in Düsseldorf mit 258, in Frankfurt mit 256 gehandelt, so setzt die Arbitrage ein. Der Arbitrageur kauft rasch entschlossen telefonisch oder per Fernschreiber an dem Ort mit dem niedrigsten Kurs und verkauft an der Börse mit dem höchsten. Damit gleicht er die Unterschiede an den einzelnen Plätzen aus. Die Börsen werden so zu einem System kommunizierender Röhren, zu einem einheitlichen Markt.

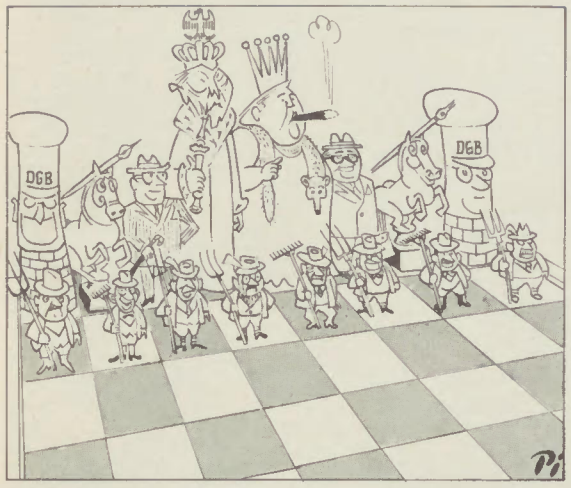
Alles, was wir bisher gesehen haben, gehört zum „Kassamarkt". Dies bedeutet, daß die Geschäfte sofort abgewickelt werden, der Käufer erhält die gekauften Aktien, die Verkäufer das Geld. Natürlich geschieht das nicht an der Börse. An ihr wird immer nur in „Abwesenheit der Ware" gehandelt. Man schließt hier lediglich die Geschäfte ab. Wir wissen ja auch bereits, daß die Herren, die an der Börse auftreten, meist nicht auf eigene Rechnung die Geschäfte abschließen, sondern als Bankenvertreter für ihre Bankkundschaft handeln. Denn Wertpapiere kann der einzelne nicht an der Börse kaufen, sondern am Bank- oder Sparkassenschalter.

Es ist 14 Uhr. Auf den Tafeln werden jetzt die Schlußkurse des variablen Verkehrs notiert. Makler, Bankenvertreter und Besucher verlassen den Börsensaal, wobei der Verlauf der Börsenstunden noch einmal diskutiert wird.

thyssenkrupp Corporate Archives

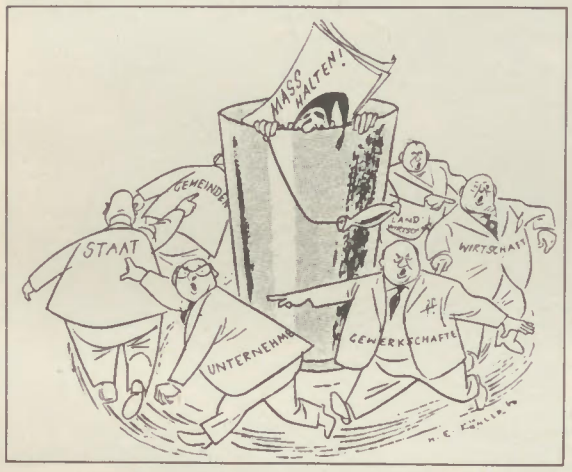
# Schach der Wirtschaft

## Eine kurze karikaturistische Partie für große und kleine Wirtschaftsbürger



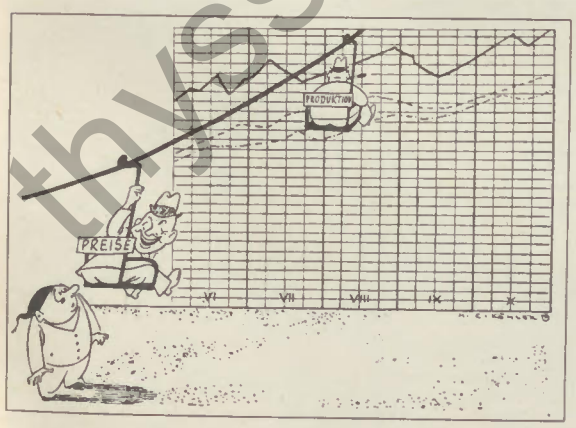

### Schachbrett der Wirtschaftspolitik

Im Zeitalter der wohlberechneten Publizität fehlt es nicht an Versuchen, auch das wirtschafts- und sozialpolitische Geschehen in Karikaturen darzustellen. Dabei ist der Karikaturist ein Zeitgenosse, der Politik und Wirtschaft auf seine Art zum Ausdruck bringt. Er muß vereinfachen, ohne zu verflachen – er soll beißen, aber nicht fressen –, er muß kommentieren und nicht nur illustrieren –, er soll zum Lachen,



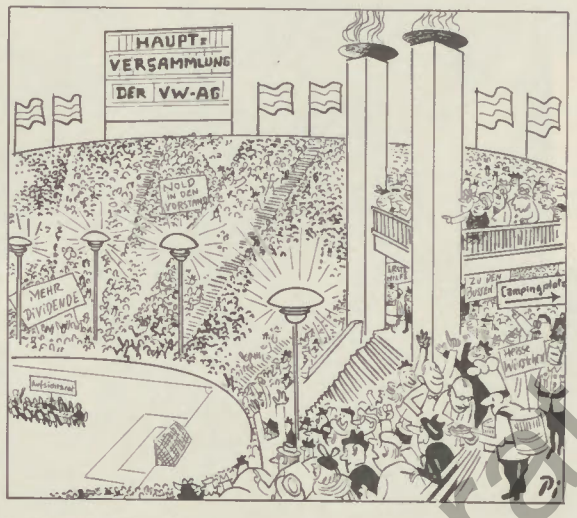

### Alle Jahre wieder . . .

aber auch zum Nachdenken bringen. Aufgabe der Karikatur ist weniger die Herstellung von Witzen, als die satirische Erhellung der Zusammenhänge. Schließlich ist es Absicht der Karikatur, durch gewollt übertriebene Darstellungen zu richtigen Vorstellungen zu kommen. Der Karikaturist muß also aus Kanonen, die von der Redaktion auf irgendein Ziel gerichtet sind, mit der Munition der Übertreibung schießen. Aber, o Gott, wo nimmt er immer die Granaten her? Geeignete groteske, ja bizarre Symbole, die gefüllt sind mit einer Idee. Und er darf




### Gipfelfahrt

sich nicht zimperlich anstellen. Die Granaten müssen scharf sein. Sonst sind es geistige Blindgänger – und das ist blamabel. Aber beim „Schießen" geht es vielen Karikaturisten wie jenen Jägern, die, bevor sie abdrücken, im Geiste um Verzeihung bitten.
Eine Karikatur soll in konzentrierter Form ohne intellektuelles Beiwerk dem Beschauer eine „Situation" exakt und scharf vor Augen führen. Auf den ersten Blick muß eine Karikatur eine Situation klar und verständlich vor Augen führen. Deshalb darf man getrost behaupten, daß mancher guten Karikatur mehr Aussagekraft innewohnt als dem langstieligsten Leitartikel. Auch haften viele Karikaturen noch im Gedächtnis der Leser, wenn noch so überzeugend geschriebene Artikel längst vergessen sind.



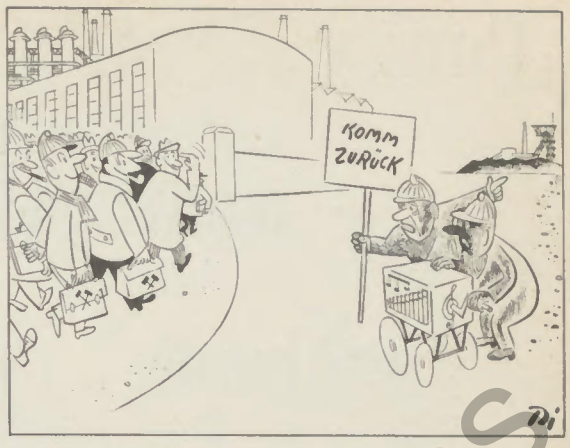

### Der Aktien-Zirkus

Daß Karikaturen heute so großen Anklang finden, ist einmal auf die fast übermäßige Vorliebe unserer Zeit für die optische Darstellung – das Bild – zurückzuführen; zum anderen darauf, daß manche Karikaturisten es ausgezeichnet verstehen, durch ihre satirischen Zeichnungen, scheinbar verwickelte, oft durch den politischen Jargon vernebelte Situationen mit anschaulichem Humor auf eine alltägliche, jedem Betrachter einleuchtende Darstellungsweise begreiflich zu machen.
„Die" Presse ist weiblich. Die politisch-satirische Karikatur ist der Strumpf für ihre Beine, der ihrem Geschmack zu entsprechen hat. Wie jeder Sterbliche, so fühlt sich auch der Karikaturist nur zu solchen



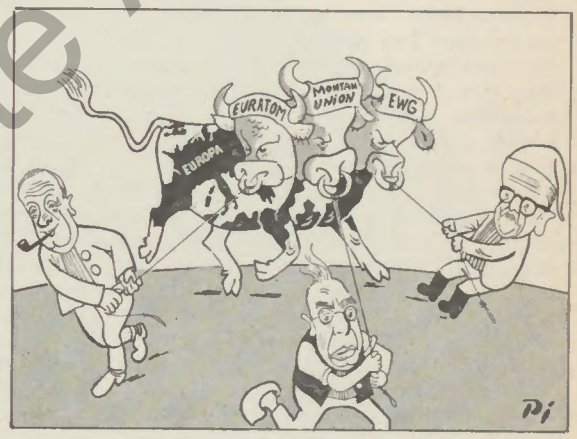

### „Freiwillige Entwicklungshilfe"

Beinen hingezogen, deren Kurven seinem Ideal entsprechen. So wollen wir hier einige Karikaturen dreier Zeichner nachdrucken, die sich neben der politischen Satire besonders zur Wirtschafts- und Sozialpolitik hingezogen fühlen. Es sind dies der in Düsseldorf lebende Karikaturist Klaus Pielert, der seine Zeichnungen mit „Pi" oder „Pitt" zu signieren pflegt, der Professor für Gebrauchsgrafik und Illustration Hanns Erich Köhler und der Karikaturist Herbert Kolfhaus (HeKo).
Wie feinsinnig doch Pielert „auf dem Schachbrett der Wirtschaftspolitik" unser Wirtschaftsgefüge darzustellen versucht, mit König, Dame, Bauern und allem, was dazugehört. –– Oder wie H. E. Köhler jenen „Circulus vitiosus" interpretiert, wobei mit ausgestrecktem Zeigefinger jeder auf den anderen zeigt, denn der andere ist natürlich stets der Übeltäter. –– Voller Schrecken schaut auf einer anderen




### Noch'n Klagelied des Bergbaus

Karikatur der deutsche Michel – der hier die Rolle des Normalverbrauchers spielt – der „Gipfelfahrt" von Produktion und Preisen zu. –– Schließlich die Hauptversammlung der Volkswagen-AG. Wegen der Vielzahl der Aktionäre mußte sie in ein Riesen-Stadion verlegt werden. –– Dann die „freiwillige Entwicklungshilfe". Im Hintergrund das Gespenst der Steuererhöhung, symbolisiert durch die unverkennbaren Züge von Bundesfinanzminister Etzel. –– Auch der Bergbau bleibt durch die Feder des Karikaturisten nicht verschont. Nach der Abwanderung von Bergleuten im Zusammenhang mit der Strukturkrise bespöttelt der Karikaturist den Run der Zechen-




### Europa-Stier mit drei Köpfen

verwaltungen nach neuen Arbeitskräften. –– Ferner der Stier „Europa" mit den drei Köpfen Montanunion, EWG und Euratom, die deutliche Ähnlichkeit mit den Gesichtern ihrer Präsidenten Malvestiti, Hallstein und Armand erkennen lassen. –– Letztlich: „Der Bonner Gesetzeskuchen". Das „dicke Ende" wird nicht ausbleiben, will der Karikaturist wohl hiermit sagen. „Die Rosinen aus dem Kuchen picken" ist ein geflügeltes Wort; auf Wahlen bezogen, hat das sogar einen ganz besonderen Sinn.

### Der Bonner Gesetzeskuchen




**Der Kanzler: „Jebacken wird erst nach den Wahlen, dafür kriegst du jetzt schon alle Rosinen."**

thyssenkrupp Corporate Archives

# ‚Conny Meyer' – abstrakt gesehen

Auf unseren Zechen Franz Haniel und Jacobi befindet sich zur Beschleunigung des Flözstreckenvortriebs je ein „Continuous Miner" im Einsatz. Diese in den USA entwickelten automatischen Abbaumaschinen werden – wie Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau in seiner Rede auf der Hauptversammlung scherzhaft erwähnte – im Hinblick auf die breite amerikanische Sprechweise von den Bergleuten auch „Conny Meyer" genannt. Im Geschäftsbericht unseres Unternehmens werden die guten Erfahrungen, die mit diesen modernen Bergbaumaschinen gemacht wurden, erwähnt. Hier aber soll uns diesmal nicht so sehr das betriebswirtschaftliche Ergebnis interessieren, vielmehr wollen wir darstellen, wie namhafte amerikanische Maler und Grafiker vor einiger Zeit den „Continuous Miner" aus der Sicht des Künstlers erlebten. Diese die Mechanisierung des Bergbaus versinnbildlichenden stählernen Ungetüme haben die Phantasie der Künstler angeregt, zwar geht es ihnen dabei nicht um technische Details und Funktionen, um eine mehr oder weniger gegenständliche Art der Auffassung, vielmehr wollen die Bilder durch sich selbst wirken, wollen durch ihre abstrakte Formensprache zum Nachdenken anregen über unser industrielles Zeitalter und sind nicht zuletzt ein Ausdruck dafür, daß nicht imitative Abhängigkeit von den Dingen, sondern Freiheit das Grundgesetz der Kunst ist. Mit Ausnahme des rechts nebenstehenden Bildes, das der Industriegrafiker Bernd Rösel gestaltete, um unseren Lesern zu zeigen, wie sich ein „Continuous Miner" objektiv darstellt, befinden sich alle anderen hier veröffentlichten Bilder im Besitz des Cargenie Institutes in der amerikanischen Kohle- und Stahlstadt Pittsburgh.






◀ Saul Steinberg, der satirische Zeichner und philosophische Spötter, tanzt mit der ihm eigenen Darstellungsart etwas aus der Reihe, denn er präsentiert das Thema in einer scheinbar witzigen Formulierung. Sein zeichnerisches Gemälde entwirft einen universellen Querschnitt vom Himmel, an dem Wolken stehen und Flugzeuge ihre Bahn ziehen, bis zum „Continuous Miner" in der Tiefe der Erde, den der berühmte amerikanische Grafiker als zierlich verschnörkelten und verästelten Mechanismus zu einer poetisch heiteren Karikatur werden läßt.

Die Dynamik des „Continuous Miner", der auf tausend Füßen vorwärtskriecht und Kohlenstücke wie von Explosionen geschleudert hinter sich wirft, fesselte den in Chile gebürtigen Surrealisten Matta. Grelle, in ihrer Tönung giftig anmutende Farbfetzen leuchten dabei jäh in der Dunkelheit auf und vervielfältigen die gespenstige Erscheinung des einsamen Roboters unter der Erde. Unter diesen Aspekten ist das Gemälde des chilenischen Künstlers ein in etwa traumhaftes Zukunftsbild eines von robotenden Maschinen betriebenen Bergbaus. ▼



Thyssen Krupp Corporate Archives



▲ Ben Shan, der sich auch als sozialkritischer Maler einen Namen gemacht hat, sah den „Continuous Miner" als einen gefräßigen, dinosaurierartigen Mechanismus. Er versuchte die Physiognomie der Maschine zu erfassen, indem er die Reihen scharfer blekkender Zähne, den sich vorwärtswälzenden Leib des stählernen Ungetüms und seine rasselnde Geschäftigkeit als Charakteristika dieses Monstrums besonders hervorhob.



▲ Walter T. Murch, der als Maler auf die romantische „Verklärung" von Maschinen spezialisiert ist und die realistische Härte durch einen irreal wirkenden silbrigen Schimmer — als seien die Dinge gleichsam unter Wasser gesehen — mildert und auflöst, schildert noch am getreuesten das Aussehen der Bergbaumaschine, ohne dabei aber in kleinliches Aufzählen von Schrauben und Hebeln zu verfallen. Murch enthüllt die Faszination der Automation, entrückt sie aber zugleich in eine traumhafte Atmosphäre.





▲ Hedda Sterne, die bekannte New Yorker Malerin und Frau des Zeichners Saul Steinberg, stellt auf diesem Rundbild ebenfalls in großen Zügen die wirkliche Erscheinung eines „Continuous Miner" dar, aber er ist nicht mehr Hauptakteur wie bei Murch; denn über der Maschine lastet das schwarzglänzende hangende Gebirge, das fast die ganze obere Hälfte der Bildfläche füllt. Die Künstlerin setzt dadurch die Gewalten von Berg und Maschine in spannungsreichen Gegensatz.



◀ Die dramatische Spannung, die in all diesen malerischen Interpretationen des „Continuous Miner" zittert, ist im Bilde von Antonio Frasconi ins Epische umgeformt. Die Maschine ist kaum noch zu sehen. Sie verschwindet fast hinter dem hoch aufgetürmten Berg der abgebauten Kohle, während die drei Bergleute in dem schmalen Lichtspalt zwischen Hangendem und Fördergut wie Lenker agieren, die den blinden Kräften der Maschine den Weg weisen durch den Berg.

Krupp Corporate Archives

Ein Jahr der Entscheidungen:

## Wahlen – Grundlagen des demokratischen Staates

Dieses Jahr 1961 ist ein Jahr der Wahlen. Gleich dreimal werden wir in diesem Jahr an die Wahlurnen gerufen: Als Mitarbeiter dieses Betriebes, als Bürger einer Stadt oder Gemeinde und — nicht zuletzt — als Staatsbürger der Bundesrepublik. Durch unsere Stimme sollen wir das Geschick und die Entwicklung von Betrieb, Gemeinde und Bundesrepublik in den nächsten Jahren mitbestimmen. Diese Häufung von Wahlterminen macht uns eindringlich klar, welch aktiven und bedeutenden Einfluß ein jeder von uns in den betrieblichen wie politischen Gemeinschaften hat, in die wir gebunden sind. Dadurch wird aber zugleich auch deutlich, wie groß unsere Verantwortung für diese Gemeinschaften ist, zu deren tätiger Mitgestaltung wir nicht nur aufgerufen, sondern verpflichtet sind. Wir sind zu aktiver Mitwirkung verpflichtet, soweit es uns ernst damit ist, daß die auf Freiheit und Rechtsstaatlichkeit errichteten Fundamente unserer demokratischen Ordnung erhalten und gefestigt werden. Wahlmüdigkeit und Passivität sind nicht nur Zeichen mangelnder demokratischer Gesinnung, sondern zugleich auch ein Anschlag auf die demokratische Grundordnung schlechthin. Mangelnde Wahlbereitschaft aus Feigheit oder Trägheit ebnet möglicherweise kleinen Gruppen oder auch einzelnen den Weg zur Macht, die allzugern willens sind, die demokratische Entscheidungsfreiheit aller und die auf Recht und Gesetz beruhende Willensbildung des Volkes durch ihr Diktat zu ersetzen. Das aber wäre das genaue Gegenteil und das Ende jener Demokratie, die Abraham Lincoln so treffend als „Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk" charakterisiert hat.

**Die Demokratie ist zweifellos die beste, wenn auch nicht die bequemste der denkbaren Staats- und Regierungsformen.** Die Mühe des Mitregierens ist der Preis der Freiheit. Die Demokratie fordert von jedem Staatsbürger Verstand und Mut, Einsatzbereitschaft und Entscheidungsfreude; sie gibt ihm Rechte, aber verlangt die Übernahme von Pflichten; sie gewährt die Freiheit, aber fordert die sittliche Bindung an die Gemeinschaft. Demokratie zwingt die Bürger, über das Gemeinwesen, in dem sie leben und wirken, nachzudenken und sich mit seinen demokratischen Grundgesetzen und Ordnungen vertraut zu machen. Sie fordert, sich nach bestem Wissen und Gewissen eine Meinung zu bilden. Sie verlangt den Mut, diese Meinung öffentlich zu vertreten. Sie nötigt uns, zum Wohle der Gemeinschaft zu handeln und die Verantwortung für dieses Handeln gegenüber der Gemeinschaft zu übernehmen. Sie zwingt uns immer erneut, uns zu entscheiden und zu dieser Entscheidung zu stehen. Die Demokratie ist, wie gesagt, keine bequeme Staatsform, aber sie ist die Staatsform für Menschen, die ihre Freiheit und ihr Recht auf Mitbestimmung im Staate höher schätzen als ihre Bequemlichkeit; sie ist eine Staatsform für Freie, nicht für Sklaven; sie will den Bürger, nicht den Untertan.

**Das Mittel der Verwirklichung demokratischer Mitbestimmung sind die Wahlen.** „Von Demokratie können wir nur dort sprechen", sagt der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Carlo Schmid, „wo die Herrschaft über Menschen durch die dieser Herrschaft Unterworfenen selbst ausgeübt wird; nur dort also, wo die Glieder einer Gemeinschaft nicht einem fremden von ihrer Zustimmung unabhängigen Willen gehorchen; nur dort, wo der Wille, dem Menschen gehorchen, durch sie selber gebildet und verantwortet wird."

Diese Willensbildung findet bei den Wahlen statt, im Betrieb, in der Gemeinde, im Bund. Wer Demokratie will, wer Mitbestimmung will, muß Wahlen wollen. Er muß sie nicht nur als sein demokratisches Recht fordern, sondern sich auch an ihnen beteiligen. Wer dieses Recht durch Nichtbeteiligung verschleudert, stellt sich nicht nur selbst außerhalb der Gemeinschaft demokratisch gesinnter Staatsbürger, sondern verliert zugleich auch moralisch sein Recht zur Kritik an Maßnahmen und Anordnungen der demokratisch gewählten Organe der Gemeinschaft.

**Die Entscheidungen, die in diesem Jahre im Betrieb, in den Gemeinden und im Bund fallen, sind zu wichtig, als daß wir sie ignorieren könnten.** Diese Wahlen haben Auswirkungen bis in unseren persönlichsten Bereich, sie haben Auswirkungen für unsere eigene Zukunft und möglicherweise die unserer Kinder. Bedenken wir das, wenn wir zur Wahl aufgefordert werden? Besinnen wir uns auf unsere staatsbürgerlichen Pflichten, wenn wir bei der Wahl des Betriebsrats, der Gemeindeparlamente und des Bundestages in den kommenden Wochen und Monaten unsere Entscheidung treffen sollen? Es gibt keinen Zweifel: Wem es ernst ist mit der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit unserer Bundesrepublik, für den gilt bei den Wahlen, die vor uns liegen, nur eine Devise „Wahlrecht ist Wahlpflicht".

# Sonntagsarbeit nicht verboten

### Bundesrat versagte dem Verordnungs-Entwurf die Zustimmung

**Die Sonntagsarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie bleibt vorerst erlaubt. Der Bundesrat konnte sich auf seiner Sitzung am 10. Februar nicht entschließen, der umstrittenen Rechtsverordnung der Bundesregierung zuzustimmen, durch die die kontinuierliche Betriebsweise in den SM-Werken und an den Walzenstraßen erster Hitze durch stufenweisen Abbau verboten werden sollte.**

**Ausschlaggebend für die Haltung des Bundesrates war ein Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen. Darin wird der Bundesrat ersucht, eine etwaige Entscheidung solange zu vertagen, bis die Bundesregierung verschiedene Fragen zu dem Problem der Sonntagsarbeit in der Stahlindustrie beantwortet hat. Dieser Antrag der NRW-Landesregierung wurde vom Bundesrat einstimmig angenommen.**

**Die Bundesregierung soll gemäß Artikel 53 des Grundgesetzes den Bundesrat unterrichten**

- **über die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die von der Neuordnung betroffenen Betriebsangehörigen und deren Familien sowie auf die Betriebe selbst, insbesondere ob durch die beabsichtigte Neuregelung gegenüber dem jetzigen Zustand die Zahl der am Sonntag beschäftigten Arbeitnehmer verringert wird, bejahendenfalls in welchem Umfang,**
- **über die Aussichten, die eine entsprechende Regelung zur Harmonisierung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen im Rahmen der europäischen Sechsergemeinschaft erreicht,**
- **über die Auswirkung der Regelung der zweiten und der dritten Stufe des Abbaus der Sonntagsarbeit auf die Wettbewerbslage der in Betracht kommenden Industriezweige außerhalb der Sechsergemeinschaft,**
- **über eine im Interesse der Sonntagsheiligung zu treffende bundeseinheitliche Regelung für sonstige Wirtschaftszweige außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie,**
- **über die Möglichkeit, darüber hinaus Sonntagsarbeit in anderen Bereichen zu vermeiden und durch eine rechtliche Regelung zu verhindern.**

**Durch die Annahme dieses Antrages kann also vorerst in den SM-Werken und an den Walzenstraßen erster Hitze nach der alten Regelung weitergearbeitet werden.**

**Im übrigen wird damit gerechnet, daß während der nächsten Legislaturperiode des Bundestages versucht wird, das Problem der Sonntagsarbeit durch ein Bundesgesetz zu lösen.**

### Wichtig für Eltern und Lehrlinge

# Rund um den Lehrvertrag

*Es naht wieder einmal der Tag, an dem die neuen Lehrlinge ihre Arbeit aufnehmen. Grundlage des Lehrverhältnisses ist der Lehrvertrag. Er gibt dem Lehrling wie dessen Eltern, ebenso dem Lehrbetrieb, Rechte und Pflichten. Eltern und Jugendliche, die im April die Schulbank verlassen, um ins Berufsleben einzutreten, wird empfohlen, sich mit den Einzelheiten des Lehrvertrages einmal näher zu befassen. Der folgende Artikel vermittelt wesentliche Anhaltspunkte hierüber. Er wurde uns zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt von Karl Senk, Ausbildungs- und Fortbildungsabteilung.*

Was sagt der Lehrvertrag über die Ausbildungspflichten?

Über Art und Umfang des Ausbildungsverhältnisses gibt der Lehrvertrag Aufschluß, der zwischen den Lehrvertragspartnern schriftlich abgeschlossen wird. Er regelt also die rechtlichen Bindungen zwischen den Beteiligten, das sind

- der Lehrbetrieb
- die gesetzlichen Vertreter des Lehrlings – also die Eltern –
- und der Lehrling selbst.

Für die jungen Leute ist es zumeist die erste große rechtliche Vereinbarung. Wer einen Lehrvertrag abschließt, geht damit zahlreiche rechtliche Bindungen ein.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Ausbildung, nicht aber auf die arbeitsrechtliche Seite des Lehrvertrages und die Fürsorgepflichten, die dem Lehrbetrieb obliegen. Ferner beziehen sie sich vornehmlich auf Lehrverträge, die in die Lehrlingsrolle bei den Industrie- und Handelskammern für Ausbildungsberufe bei der Industrie und im Handel eingetragen werden.

Das Lehrverhältnis verpflichtet

- den Lehrbetrieb zur ordnungsmäßigen und systematischen Berufsausbildung des Lehrlings durch Beschäftigung in seiner Firma;
- den Lehrling zur Leistung der zur beruflichen Ausbildung erforderlichen Arbeiten und Obliegenheiten; er hat alles zu tun, um das Lehrziel zu erreichen;
- die Eltern bzw. den Inhaber der elterlichen Gewalt, die Bemühungen des Lehrbetriebes nach besten Kräften zu unterstützen und ihr Kind bzw. den ihm anvertrauten jungen Menschen zu einer positiven Lebensführung anzuhalten.

  Auf diesen Punkt des Lehrvertrages möchte der Verfasser angelegentlich aufmerksam machen, denn in der betrieblichen Praxis erlebt man nur zu häufig, daß sich manche Eltern kaum oder gar nicht um die Ausbildung ihrer Kinder kümmern.

Zunächst zu den wesentlichen Pflichten des Lehrbetriebes: Bestandteil eines jeden Lehrvertrages ist das Berufsbild. Es ist eine Aufstellung derjenigen Kenntnisse und Fertigkeiten, die verbindlich vom Lehrbetrieb zu vermitteln sind und deren Können zur Berufsleistung führt. Die Ausbildung hat allgemein nach diesem Berufsbild, das staatlich anerkannt ist, zu erfolgen.

Berufsausbildung von Jugendlichen ist dem Wesen nach gleichzeitig Einführung des jungen Menschen in die Arbeitswelt. Berufsausbildung bedeutet zugleich Aufsichtspflicht. Worauf nun zielen die Bemühungen des Lehrbetriebes ab, die in die Zeit fallen, in der der junge Mensch im aufnahme- und bildungsfähigsten Alter steht, also 14 bis 18 Jahre alt ist? Die berufsbildenden Einwirkungen sollen möglichst den ganzen Menschen erfassen und sich beziehen auf das charakterliche Verhalten (Haltung und Gesinnung), das Arbeitsverhalten (Ordnung, Sauberkeit, Arbeitsbereitschaft, Verantwortlichkeit, Zuverlässigkeit, Arbeitstempo) und das soziale Verhalten (Einfügen in die Arbeitsgemeinschaft, Höflichkeit, Anständigkeit, gutes Benehmen).

Im Ausbildungsgang nimmt der theoretische Unterricht eine wichtige Stellung ein, denn durch das gemeinsame Bemühen von Betriebspraxis und Berufsschule als berufsbegleitende Schule ist am ehesten das Berufsziel zu erreichen. Der Lehrbetrieb hat deshalb den berufsschulpflichtigen Lehrling zum regelmäßigen und pünktlichen Besuch der Schule anzuhalten und auch den Schulbesuch mit zu überwachen.

Das Berichtsheft ist eine eigenständige Art der betrieblichen Berufsausbildung. Alle wichtigen Ausbildungsabschnitte und -maßnahmen hat der Lehrling schriftlich festzuhalten. Durch das Berichtsheft soll er angehalten werden, die Ergebnisse der Berufs-

Fortsetzung Seite 34

Corporate Archives Krupp



**Das Steckenpferd, das unser Mitarbeiter Willi Bleckmann reitet, ist die Heimatgeschichte. In seiner Freizeit trifft man den Schmelzer aus dem SM-Werk I oft in Archiven und Bibliotheken, wo er heimatkundliche Studien treibt. So hat er aus älteren Aufzeichnungen für uns einige wissenswerte Einzelheiten aus der historischen Vergangenheit unserer unmittelbaren Umgebung zusammengestellt. Was wissen schon die Bewohner der Siedlung Bermensfeld davon, wie sehr der Name dieses Wohngebietes mit der Heimatgeschichte verknüpft ist? Oder was wissen die Anwohner von Bleysfeld von dem jahrhundertealten Bleyshof und die Bewohner unserer Siedlung Dümpten von dem noch älteren Priestershof? Es ist recht interessant, sich einmal in die Heimatgeschichte zu vertiefen. Dadurch wird all denen, deren Familien erst nach der Industrialisierung im Ruhrgebiet ansässig wurden — und das ist die große Mehrzahl von uns — oder die erst während der letzten Jahre zuwanderten, klargemacht, daß auch da, wo heute Fördertürme, Hochöfen und Wohnsiedlungen stehen, „historischer Boden" ist. — — Als unsere Väter und Großväter unbekannt ins Revier kamen, hatten die meisten von ihnen das Gefühl, daß die Großwirtschaft zwar Broterwerb bot — mehr als die alte Heimat, woher man kam —, daß aber die großen Industriestädte an der Ruhr niemals zu einer echten Heimat werden könnten. Und doch ist das Ruhrgebiet im Laufe der Jahre Millionen Menschen zu einer wirklichen Heimat geworden. Dieses Heimatgefühl bewirkt, daß immer mehr Menschen sich auch für die geschichtliche Vergangenheit dieser „Heimat Revier" interessieren.**

# Von Stiftsdamen und alten Höfen

## BERMENSFELD

Die Bezeichnung Bermensfeld geht zurück auf den ehemaligen Rittersitz Bermen. Allerdings ist davon heute nichts mehr vorhanden. Der Damm der Hüttenbahn bedeckt den einstigen Burgplatz. In späteren Aufzeichnungen wird Haus Bermen Botenlehen genannt. Die Bewohner waren der Lehnsherrin, der Äbtissin des Stiftes Essen, zu Botendiensten verpflichtet.

Denn die Lipperheide, früher die Bauernschaften Lippern und Lirich, gehörten zum Stift Essen. Schon im Jahre 947 werden sie in einer Urkunde genannt. In dieser Urkunde bestätigt König Otto der Große dem Stift die Schenkung des Erzbischofs Guntar von Köln. Der Erzbischof hatte einige Jahre nach der Gründung des Stiftes demselben das Zehntgebiet zwischen Ruhr und Emscher geschenkt. Als westlicher Teil dieses Gebietes wurden Lippern und Lirich genannt.

Das Stift selbst wurde um das Jahr 852 von dem Bischof Altfried von Hildesheim gegründet. Er errichtete auf dem Königshof zu Essen, der seiner Familie gehörte, ein Frauenstift. Haus Bermen war ein Lehnsgut des Stiftes; die Herren auf Haus Bermen waren von Anfang an Vertreter des Dienstmannengeschlechtes derer von Lipperheide. Im Lehnsregister wird 1432 als erster ein Rotger von Lipperheiden genannt. Doch schon sein Sohn Dietrich nannte sich von Lipperheide zu Bermen.

Der Burgplatz des Rittersitzes lag nicht weit von der heutigen Essener Straße. Früher flossen hier einige kleine Wasserläufe zu einem Bach zusammen; ein ideales Gelände für einen burgähnlichen Rittersitz.

Beiderseits der Essener Straße lagen die Felder des Hauses Bermen, nördlich am gestauten Bachlauf die Bermer Mühle. In Urkunden aus dem Jahre 1547 lesen wir, daß sie vorzeiten beim Haus Bermen gestanden habe, jetzt aber durch Versäumnis verwüstet und gar niedergefallen sei. Dietrich von Bermen bat die Äbtissin Sybilla von Montford, ihm zu vergönnen, dieselbe wieder aufzurichten und zu nutzen. Dieses war ihm gestattet worden, denn einige Jahre danach verlangte Johann von der Hoeven vom Overhus die Abschaffung der Mühle mit der Begründung, es habe dort vorher keine Mühle gestanden. Seine Beschwerde hatte jedoch keinen Erfolg, die Mühle blieb bestehen. Noch heute besteht ein Teil des Gebäudes zwischen dem Damm der Hüttenbahn und der Neuen Walz.

Mit dem Tode Dietrich Caspar von Lipperheide zu Bermen am 3. 2. 1632 erlosch das Geschlecht der Lipperheiden zu Bermen. In der Petrikirche zu Mülheim ruht Dietrich von Lipperheiden neben seiner Ehefrau Mechthilde unter einem schweren Grabstein.

Seine einzige Tochter Anna Sophia, die Erbin des Hauses zu Bermen, heiratete 1644 Rudolf Georg von Boenen zu Berge und Overhus. Dadurch wurde ein jahrzehntelanger Erbstreit zwischen den Familien von Lipperheiden und von Boenen auf natürliche Weise beendigt. Die von Boenens, die ihrerseits die von Overhus beerbt hatten, vereinigten danach fast das gesamte Gebiet der späteren Gemeinde Oberhausen in ihrer Hand. Den Priesters- und Bleyshof, die die Bermer schon seit 1556 in Besitz hatten, brachte Anna Sophia obendrein mit in die Ehe. Übrigens stammte die Familie von Boenen aus der Ortschaft Boenen bei Hamm. Durch geschickte Heiraten war die Familie sehr reich geworden. Ihr Hauptsitz war das bekannte Schloß Berge bei Buer.

Auch der Nathlands-Kotten, zuerst den von der Hoeven vom Overhus gehörig, war Besitztum der von Boenen. Nach einer Gesamtübersicht aus dem Jahre 1668 war er 6 Morgen groß. Sein ursprünglicher Name sagt uns, daß das Gebiet sehr naß war.

## DER SCHEMMANNSHOF

Nahe der Stadtgrenze liegt der Schemmannshof, auch er wird schon im 16. Jahrhundert erwähnt. Ein Arnt am Schymme machte im Jahre 1538 die „große Reise" (so wurden die Holzfahrten vom Fernewald für das Stift Essen genannt). Aus einem Testament vom 15. November 1696 ersehen wir, daß ein Johann Hausmann hier Gastwirt und Schnapsbrenner war. Auch heute noch trinkt mancher bei Hausmann sein Bier.

Eine Zollstätte am Priestershof auf Dümptener Gebiet, wovon später noch einmal die Rede sein soll, war die Quelle vieler Streitigkeiten zwischen dem Essener Stift und den Broicher Herren. Viele Akten in den Archiven erzählen von den Beschwerden über Zollhinterziehungen auf der einen und Zollüberschreitungen auf der anderen Seite. Die Broicher Herren übersteigerten ihre Zollforderungen immer wieder. In einer Beschwerdeschrift vom Duisburger Rat aus dem Jahre 1691 heißt es: „Wann nun die paßierenden Handelsleut, welchen die Grenzen und deren Beschaffenheit unbekannt sind, ob und was für Zoll da sei, allzeit in Gefahr stehen und genötigt werden, andere Wege einzuschlagen, wodurch dann die Nahrung bei Benachbarten abwendig gemacht und die gewöhnliche Passage endlich gar verlassen werden dürfte." Hiermit waren die Broicher gewarnt. Doch sie trieben es wie zuvor und mußten auf einmal feststellen, daß nicht allzuweit von ihrer Zollstätte eine neue Straße gebaut wurde. Diese war auch mit einer Zollstätte versehen, doch wurde die neue Straße von nun an mehr befahren als die alte.

Um all diesen Streitigkeiten zu entgehen, hatte das Stift Essen diese neue Straße durch eigenes Gebiet bauen lassen. Sie zweigte auf den Höhen bei Belingrade, am „Roten Haus", von der Gemeinen Landstraße ab und führte am Schemmannshof und Haus Bermen vorbei zum Emscherübergang. Hiermit gelang der Anschluß an alle wichtigen Verkehrswege des Unterruhrraums. Diese Straße war zur damaligen Zeit bestimmt nicht einfach anzuegen, da sie durch recht sumpfiges Gelände führte. In einem Bericht aus dem Jahre 1753 wird uns dies bezeugt: „Der neue Weg durch den Teisselberg und das Lüttgebruch, welcher vorher ein grundloser Platz gewesen, so aber durch Einwerfen vieler Stämme, Kies, Wacholderholz und einer großen Menge überlegter Bäume — so von ungefähr 17 Jahren geschehen sein soll — wohl ausgefüllt und fahrbar gemacht werden." Dieser so angelegte Fahrweg ist der Vorgänger der heutigen Essener Straße.



▲ Das alte Zollhaus am Lipperheidebaum. Hier verlief die Grenze zwischen dem Stift Essen und dem Kirchspiel Mülheim.



◀ Schloß Borbeck war die Sommerresidenz der Fürstäbtissinnen, die bis 1802, dem Anschluß an Preußen, ihre Herrschaft ausübten.

Thyssen Krupp Corporate Archives

# DER BLEYSHOF

Am alten Rittersitz Bermen wurde nun eine Zollstätte errichtet. Sie wurde dem Herrn von Boenen übertragen, der hart an der Straße für den Zollpächter ein Haus mit Wirtschaftsbetrieb und einen Pferdestall errichtete. Die Straße konnte durch einen Schlagbaum gesperrt werden. Dieser wurde der Baum am Lipper- oder Lipperheidenhaus genannt. Erst viel später, gegen Ende des 18. Jahrhunderts tritt der Name „Lipperheidenbaum" auf. Südlich des Zollhauses zweigte die Straße zur Mülheimer Fähre ab, die heutige Mellinghofer Straße. Schon in der ersten Zeit der neuen Zollstätte beschwerten sich die Räte des Erzbischofs von Köln. Im Jahre 1723 beklagten sich diese Herren bei der Äbtissin über die ungebührlichen Abforderungen an dieser Stelle. Auch sei an besagter Stelle ein Pferd ihrer vestischen Untertanen gepfändet worden. Die Zollschranke sei gegen die Reichssatzungen, da hier noch nie zuvor Zoll- oder Wegegeld erhoben wurde. Doch diese, wie auch die Einsprüche der geschädigten Broicher Herren, hatten keinen Erfolg. Die Zollstätte blieb bestehen und der Weg am Priestershof verkam immer mehr. Der dortige Zolleinnehmer beklagte sich über die immer geringer werdenden Einnahmen.

Nachdem auf Betreiben des Freiherrn vom Stein im Jahre 1791 die Straße von Essen zum Overhus zu einer sogenannten „Kunststraße" ausgebaut worden war, wurde die Bermer Zollschranke zu einem für die Essener Stiftsdamen recht einträglichen Geschäft. Aus einer Abrechnung des Comptoirs Bermen ist zu entnehmen, welche Arten von Waren hier hauptsächlich verzollt wurden: „Stein- und Holzkohle, Kalk- und Kramgut wird dort viel genannt, doch auch Getreide, Vieh, Leder, Mühlensteine und Holzwaren waren stark vertreten." Mit dem Übergang des Stiftes Essen an Preußen im Jahre 1802 fiel der Zoll weg. Doch mußte immer noch ein Wegegeld für die Kunststraßen bezahlt werden.

Haus Bermen wurde nun eine preußische Domäne. Im Jahre 1831 ging es in den Privatbesitz des Borbecker Bürgermeisters Stock über. Derselbe hatte die Witwe Vollrath geheiratet. Später wurde es Eigentum der GHH.

Mit der Einrichtung der Zeche Oberhausen, die 1857 mit der Kohleförderung begann, und dem steten Wachsen der Industrie verminderten sich die Ländereien, so daß der Gutsbereich schließlich eingestellt werden mußte. Die Gebäude wurden abgebrochen, der Burgplatz wurde von dem breiten Damm der Hüttenbahn begraben. Somit verschwand der letzte Rest des alten Rittersitzes Haus Bermen. Das alte Zollhaus wurde zu einem einfachen Wirtshaus, bis es dem letzten Kriege zum Opfer fiel.

An Haus Bermen, dem Rittersitz derer von Lipperheiden, erinnert heute nur noch die Ortsbezeichnung „Bermensfeld". Von hier aus erreichte sie in gerader Richtung die Emscher und stellte so die Verbindung nach Duisburg und Ruhrort her. An dieser Zollstätte trafen auch die beiden Landwehren des Gebietes aufeinander. Von Mülheim kam die Landwehr der Broicher, und nördlich lag die Essener. Dort, wo diese beiden Landwehren zusammenkamen, war der Schlagbaum. Er wurde auch Rennebaum genannt.

Die Bewohner der umliegenden Kotten mußten hier im Kriegsfalle Wache stehen. So heißt es in einer Verordnung an die Rottmeister des Stiftes aus dem Jahre 1583. Im Jahre 1656 erhielten die Gebrüder Philipp und Casper von Lipperheide eine „frei und unhuldige Hand" an dem Hofe. Nach dem Übergang des Hauses Bermen an Overhus und der bereits erwähnten Heirat gehörte derPriestershof zum Grundeigentum derer von Boenen.

Am 15. April 1774 erschienen der Bauer Johann Priester und seine Ehefrau Anna Hellberg, die aus dem Haus am Hexberg stammte, bei der Behandigungskammer in Essen und wiesen einen Originalkaufbrief vor. Danach hatten sie von dem Freiherrn von Boenen den Priestershof gekauft. Sie baten um neue Behandigung an dem Hofe, diese wurde ihnen für ein Gewinngeld von 35 Reichstaler gewährt.

Die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts brachten auch für den Priestershof viele Veränderungen. Das Stift Essen wurde aufgelöst und gehörte nun zu Preußen. Somit wurden auch die Naturalabgaben in Geldrenten umgewandelt. Nach Ablösungsvertrag zwischen dem kgl. Regierungsbeauftragten in Düsseldorf und dem Ackermann Peter Buschmann, genannt Priester, vom 27. 5. 1829 war das Lösekapital nach umständlicher Berechnung auf 60 Rthlr., 12 Silbergroschen und 6 Pfg. festgesetzt. Dieses mußte in zwei Raten, am 11. 11. 1829 und am 11. 11. 1830 gezahlt werden.



So hat der Bleyshof im Jahre 1938 ausgesehen. Das Dach ist im zweiten Weltkrieg abgebrannt und ist heute Flachdach.



Ebenfalls nach einer Unterlage aus dem Jahre 1938 wurde dieses Bild des Restteils des ehemaligen Priestershofs gezeichnet.

Durch das Wachsen der Industrie und die steigende Bevölkerungszahl wurden nach und nach die Ländereien des Hofes von städtebaulichen Maßnahmen betroffen und waren schließlich für den bäuerlichen Betrieb nicht mehr lukrativ genug.

# DER PRIESTERSHOF

An den Priestershof erinnert heute nur noch die Straße, die nach diesem alten Hof benannt ist, der in der Ortschaft Dümpten einstmals bestand. Nur ein Teil des ehemaligen Hofgebäudes besteht heute noch.

Über die Entstehung dieses Hofes ist uns wenig bekannt, doch wissen wir, daß er zu dem gewaltigen Güterbesitz des Stiftes Essen gehörte. Die ursprüngliche Bezeichnung des Hofes lautete „Hove in den Lappenberge". Schon 1360 wird ein Dietrich, Sohn Rutger von dem Lappenberge, erwähnt.

Später dann wird dieses Anwesen „Pleis und Priestershove am Lappenberge" genannt. In dem Kirchenregister von 1444 wird ein Alef Priester genannt, dieser hatte für die Bewirtschaftung von Kirchenländereien 4 Malter Getreide an die Kirche zu liefern.

Laut Ribbeck „Geschichte der Stadt Essen", richtete der Broicher Junker Heinrich im Jahre 1441 in der Nähe des Hofes eine Zollstätte ein. Er bestellte den Bauer des Priestershofes zum Zolleinnehmer. Diese Zollstätte war ein wichtiger Punkt der Gemeinen Landstraße. Die Gemeine Landstraße war die alte Straße von Essen zum Rhein; sie kam vom „Roten Haus" auf den Höhen von Bedingrade abwärts am Priestershof vorbei und lief weiter an der Grenze von Lippern-Lirich und Broich entlang. Über den Galgenberg führte sie weiter zum Landwehrdurchlaß Isern Bögel.

Der Bleyshof, der heute noch bewirtschaftet wird, liegt kurz hinter der Stadtgrenze nach Essen. Er ist einer der wenigen alten bäuerlichen Anwesen in unserem Heimatgebiet. Da der Priestershof, der „Pleis und Priestershove am Lappenberge", in noch älteren Urkunden auftaucht, ist anzunehmen, daß der Bleyshof eine Absplitterung davon ist. Denn schon 1551 bezahlte ein Johann Bley den „Zehnten vom Bleysveld".

In den Kirchenbüchern der Borbecker St.-Dionysius-Kirche findet man Eintragungen der Bleys aus den ersten Jahren des 18. Jahrhunderts.

An dem Balken über der Dielentür sind heute noch die Worte zu lesen:

Es wird kein Gebäude so wohl gemacht,
es kommt ein Spötter, der es verlacht!
Wärest du eher gekommen,
so hätte ich Rat bei dir genommen!

Johann Theodores Bley — Anna Maria Plackebahn

19. Juley 1758

Von demselben Ehepaar stammen auch die Worte in einem anderen Balken:

Mißgunst der Menschen kann uns nicht schaden,
was Gott haben will, das muß geraten!

Der Hof gehört heute der HOAG. Seine ehemaligen Felder auf Oberhausener Gebiet wurden im Jahre 1953 durch Wohnhäuser bebaut. Der Straßenzug heißt Bleysfeld.

Der Lebkes Mühlenbach, der im Jahre 1929 kanalisiert wurde, floß früher westlich vom Wohnhaus vorbei. Neben vielen kleinen anderen Wasserläufen, die heute nicht mehr vorhanden sind, durchfloß er das Gebiet der heutigen Wohnsiedlung. Vor Jahrhunderten war dieses Gebiet sumpfig.




# Sicherheit so wichtig wie Förderung

**Wie sehr auch unser Bergbau alle Anstrengungen macht, um der Unfallgefahr zu begegnen, bewies die Siegerehrung für die besten Betriebe beim Grubensicherheits-Wettbewerb. Im zweiten Jahr jetzt läuft bei unserem Bergbau dieser Wettbewerb. Sieger in der Schachtbewertung wurde diesmal die Zeche Jacobi. Bei den Kohlenrevieren lag das Revier 06 der Zeche Osterfeld an der Spitze, das von Abteilungssteiger Günter Heimann geleitet wird. Den Sieg der Vorrichtungsreviere errang das Revier 40 der Zeche Franz Haniel unter Leitung von Abteilungssteiger Helmut Klinke. Für Ordnung und Sauberkeit schlechthin wurde der Zeche Franz Haniel der erste Preis zuerkannt.**

**Im Rahmen einer kleinen Feierstunde gab Vorstandsmitglied Bergassessor a. D. Klaus Haniel einen Überblick über das Unfallgeschehen auf unseren Zechen. Danach ist die Zahl der mittelschweren, schweren und tödlichen Unfälle im Laufe des Wettbewerbs von 791 im Jahr 1959 auf 620 im Jahr 1960 gesunken. Umgerechnet auf die Anzahl der verfahrenen Schichten, liegen die HOAG-Zechen 30 Prozent unter dem Ruhrdurchschnitt. Jedoch hat die Zahl der leichten sich von 2587 im Jahr 1959 auf 2689 im vergangenen Jahr erhöht.**

**Direktor Haniel betonte, Unfallverhütung sei genauso wichtig wie Kohlenförderung. Angesichts der niedrigen Unfallzahlen insbesondere des amerikanischen und des holländischen Bergbaus gab er zu bedenken, daß bei uns noch allerhand getan werden müsse. Der Kampf gegen den Leichtsinn müsse unerbittlich geführt und Verstöße gegen die Arbeitssicherheit unnachgiebig geahndet werden.**

Bergwerksdirektor Assmann von der Zeche Jacobi mit dem Wanderpreis des Grubensicherheits-Wettbewerbs, einem wunderschönen Bleiglanz-Mineral. Direktor Weise, den Vorstandsmitglied Klaus Haniel gerade beglückwünscht, erhielt für die Zeche Franz Haniel eine Wandplakette.

thyssenkrupp Corporate Archives

# Bewahre mich vor mir selbst...!

## Gedanken eines Theologen zum Geschehen auf unseren Straßen

### Von Prof. D. Dr. Joachim Beckmann, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland



Die Zahl der Menschen, die jährlich in der Bundesrepublik dem Verkehrstod zum Opfer fallen, geht weit über 10000 hinaus und ist noch immer im Wachsen. Die Zahl der Verkehrsverletzten geht in die Hunderttausende. Zwar sind die Zahlen nicht prozentual zur Zunahme der Verkehrs-Fahrzeuge gestiegen; aber sie sind in den letzten Jahren trotz aller Anstrengungen leider auch nicht merklich zurückgegangen. Was über die absolute Höhe dieser Zahlen hinaus erschreckt, ist die Feststellung, daß die Bundesrepublik, gemessen an der Zahl der zugelassenen Fahrzeuge und der Länge des Straßennetzes, unter allen europäischen Ländern mit diesen Verlustziffern an der Spitze steht.

Man hat diesen Tatbestand mit den sogenannten Kinderkrankheiten des Wirtschaftswunders (zu schneller wirtschaftlicher Aufstieg weiter Auto fahrender Kreise), mit spezifischen deutschen Charaktereigenschaften (Rücksichtslosigkeit, Draufgängertum, Terminhetze, Angeberei), mit dem mangelhaften Ausbau des Straßennetzes im Verhältnis zur Verkehrsdichte begründen wollen. Darüber mögen sich die Fachleute äußern.

An allen solchen Erklärungen mag etwas Wahres dransein. Der entscheidende Punkt ist aber im rein menschlichen zu suchen: das Verkehrsverhalten ist in der Verkehrsgesinnung der Menschen begründet. Die Verkehrsgesinnung aber muß, wenn sie keine schwankende sein will, letztlich von der Verantwortung des Menschen für das Leben seines Mitmenschen (und für sein eigenes Leben!) bestimmt sein.

Die Fülle der Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Menschen im heutigen Verkehrsleben hat eine bisher nicht erlebte Steigerung der Verantwortung für das Leben unserer Mitmenschen mit sich gebracht, wie sie in früheren Zeiten nur auf wenige Menschen in besonderen Stellungen zutraf (Chirurg, Lokomotivführer, Schiffskapitän). Das Evangelium stellt die Verantwortung für unseren Mitmenschen unter das Gebot der Nächstenliebe und verdeutlicht dies am Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Im Vergleich dazu hat sich für uns die Zahl der „Nächsten", d. h. der Menschen, deren Wohl und Wehe von unserem Verhalten abhängt, im Laufe eines Tages in ungeahnter Weise vergrößert, so vergrößert, daß es in das Bewußtsein vieler Menschen noch nicht eingegangen ist. Hier ist einfach eine neue „Ethik des Verkehrs" notwendig. Sie steht unter den beiden Leitsätzen der Bibel: „Du sollst nicht töten" und „Alles, was Ihr wollt, das Euch die Leute tun sollen, das tut Ihr ihnen auch".

Wir müssen uns aber klar darüber sein, daß die bloße Predigt des Gesetzes keinen Menschen von Grund auf bessert. Die Schärfe des Gesetzes kann den Menschen wohl abschrecken, hemmen, vorsichtiger machen, aber von Grund auf wandeln kann ihn nur die neue Verkehrsgesinnung, die aus einer neuen Menschlichkeit erwächst, einer Menschlichkeit, die durch die Liebe zum Nächsten bestimmt wird. Der Staat kann, abgesehen von der Verbesserung der technischen Voraussetzungen des Verkehrs, für die er gar nicht genug Geld ausgeben kann, die Menschen nur durch das Gesetz ansprechen. Und er tut gut daran, hier einen strengen Maßstab anzulegen. Um des Menschenlebens willen sind die geplanten Verschärfungen der Strafbestimmungen gegenüber Verkehrsvergehen, etwa unter Alkoholeinwirkung, für Fahrer und für Fußgänger zu begrüßen. Auch die Geschwindigkeitsbeschränkungen werden wahrscheinlich trotz ihrer Problematik auf die Dauer nicht entbehrlich sein.

Dennoch werden alle diese Maßnahmen, so notwendig sie sind, nicht ausreichen. Denn „die Liebe ist allein des Gesetzes Erfüllung" — auch im Straßenverkehr! Liebe zum Nächsten aber läßt sich nicht kommandieren, sie kann nur gepflanzt werden und wachsen auf dem Boden einer empfangenen Liebe.

Darum kann die Aufgabe der Kirche bei der Verbesserung der Verkehrsgesinnung im Grunde nur eine verstärkte, das Verkehrsleben der Menschen untereinander einbeziehende Verkündigung der Liebe Gottes zu den Menschen sein: Gott, der unser Menschenleben geschaffen hat und um seinetwillen seinen geliebten Sohn hat Mensch werden lassen und in den Tod gegeben hat, will nicht, daß wir Menschen einander durch Leichtsinn, Rücksichtslosigkeit, Gewinnstreben und Geltungssucht ums Leben bringen. Er gibt seinen Menschenkindern ein aus seiner Gnade fließendes Recht auf ihr irdisches Leben, das wir zu achten haben.

Ein großer Teil unseres Lebens spielt sich heute im Verkehr ab. Hier will Gott seine gnädige Herrschaft unter uns aufrichten, indem wir uns um seinetwillen untereinander als Nächste ansehen und behandeln. Solche Gesinnung wird sich im Straßenverkehr bei Fahrer und Fußgänger auswirken in einer neuen Menschlichkeit, mit der wir miteinander umgehen und mit unseren Fahrzeugen!

Der „neue" Mensch im Verkehr wird doppelt vorsichtig fahren, ohne ängstlich zu sein. Er wird auch auf der Straße aus dem „Geheimnis von Führung und Leistung, von Gnade und Gehorsam" leben. Wer in den Straßenverkehr geht, sollte sich fertigmachen, vor seinen ewigen Richter zu treten. Weil er seine eigene Ohnmacht kennt, wird er sich nicht ans Steuer setzen ohne das Gebet: „Herr, bewahre mich vor mir selbst und vor den anderen — und bewahre die anderen vor mir!" So werden wir die Leben bewahrende Macht des Wortes Gottes auf neue Weise am eigenen Leibe erfahren, und die Wahrheit des alten Prophetenspruches wird unter uns eine überraschende Bestätigung finden: „Suchet Gott, so werdet Ihr leben!"

## Achtung, Zweiradfahrer!

**Von der Direktion der Oberhausener Polizei wird uns mitgeteilt, daß in Kürze in unserem Werk wieder Kontrollen der Zweiradfahrzeuge, also der Motorrad-, Moped- und Fahrradfahrer, durch Beamte der Verkehrspolizei stattfinden.**

**Es ist also an der Zeit, daß jeder sein Fahrzeug wieder einmal gründlich überprüft und schadhafte Teile gegen neue austauscht.**

**Dies dient ausschließlich der eigenen Sicherheit, und außerdem ist manches Ersatzteil billiger als eine gebührenpflichtige Verwarnung.**

## Für fünf Mark in den Tod!

**Eine Arbeitsgruppe eines Bauunternehmers, die sich aus vier Griechen und einem Deutschen zusammensetzte, hatte auf dem Gelände unserer Hafenanlage Walsum eine Wasserleitung verlegt.**

**Die Arbeiten waren abgeschlossen und die Wasserleitung wieder mit Erde zugeschüttet.**

**Die Arbeitsstelle war unmittelbar am Rhein. Etwa fünf Meter vom Kai entfernt lag ein Schiff verankert. Ein Drahtseil führte vom Schiff zur Kaimauer.**

**Nach Beendigung ihrer Arbeit unterhielten sich die Griechen lebhaft in ihrer Muttersprache. Wie sich später herausstellte, hatten sie untereinander eine Wette abgeschlossen über 5 DM, die derjenige bekommen sollte, der die Courage hatte, mit den Händen am Drahtseil hängend bis zum Schiff zu klettern.**

**Ein 26jähriger verheirateter Grieche brachte diesen „Mut" auf und kletterte an den Händen hängend zum Schiff und wieder zurück.**

**Wieder bei seinen Arbeitskollegen angelangt, erklärten ihm diese, die Wette sei noch nicht gewonnen, denn er hätte für seine Kletterpartie Handschuhe benutzt. Die Wette gelte nur, wenn das Herüberklettern mit bloßen Händen geschehe.**

**Der Grieche zog nun seine Handschuhe aus und versuchte wieder, am Seil hängend zum Schiff hinüberzuklettern. Diesmal kam er jedoch nur bis etwa zur Mitte des Seiles. Hier versuchte er, sich mit den Beinen einen Halt am Seil zu verschaffen. Entweder waren seine Kräfte ausgegangen, oder aber er hatte sich die Hände an den scharfen Seillitzen verletzt. Das Anklammern mit den Beinen gelang ihm nicht. Er stürzte ins Wasser.**

**Als er nach Minuten mit dem Bergehaken des Schiffes herausgezogen wurde, waren alle Wiederbelebungsversuche erfolglos. Beim Sturz ins Wasser hatte er sich eine Schädelverletzung zugezogen, die ihm wohl das Bewußtsein geraubt haben muß. Der ärztliche Befund lautete: Tod durch Ertrinken.**

**Eine Wette um 5 DM beendete ein junges Menschenleben. Die Frau und die Angehörigen des Toten werden für diese „Mutprobe" kaum Verständnis aufbringen.**

**Ho.**

## Einmal ist keinmal, aber . . .

*Wenn man so beiläufig einmal feststellt, daß beispielsweise morgens zwischen 10.30 Uhr und 12.30 Uhr oder in den ersten eineinhalb Stunden der Mittagsschicht sich die Heildienerstuben füllen und auch die Durchgangsärzte dann besonders gut zu tun haben, so braucht das noch nicht viel zu sagen. Wenn man aber über mehrere Jahre hinweg diese Dinge verfolgt und sich genau dieselben Erscheinungen immer wieder einstellen, dann kann man wohl jeden Zufall ausschließen. Es gibt einwandfrei bestimmte Tagesstunden, wo man sich von vornherein ausrechnen kann, daß mehr passiert als sonstwann.*

*Ist das nun Schicksal, stehen um diese Zeit die Sterne schlecht? Für die Zeit zwischen 14.30 Uhr und 16.00 Uhr ganz bestimmt nicht! Es gibt natürlich Rhythmen des menschlichen Körpers, Lebens- und Essensgewohnheiten, die sich auf die Leistung und Konzentration auswirken. Wer gegen 13.00 Uhr z. B. ein schweres Mittagessen zu sich nimmt und gegen 14.00 Uhr in den Schichtbetrieb einsteigen will, muß damit rechnen, daß er zu einem Zeitpunkt seine Arbeit aufnimmt, wo leistungsmäßig gesehen ein „toter Punkt" beginnt. Kein Wunder, wenn sich um diese Zeit dann die Unfälle häufen.*

*Vielleicht erklärt das nicht alles. Aber einiges läßt sich dagegen tun; ein frühzeitiges und leichtes Mittagessen, ein ruhiger Anmarsch oder rechtzeitige Anfahrt zur Schicht, einige Minuten früher da sein und langsam „anlaufen" lassen. Das sollte die Sache wert sein. Auch die zeitliche Verlegung der Schichten ist ein Thema, das unter diesen Gesichtspunkten einmal diskutiert werden sollte.*

*Und wie steht es morgens zwischen 10.30 Uhr und 12.30 Uhr? Auch hier scheint nach der Mühe der frühen Morgenstunden ein „Tief" in der Leistungskurve sich einzustellen. Vielleicht spielen auch betrieblich-technische Umstände mit. Wenn man aber um die Gefährlichkeit dieser Stunden und Minuten weiß, dann sollten vor allem die Vorgesetzten gerade zu dieser Zeit ihre Aufmerksamkeit in besonderem Maße ihren Leuten zuwenden und im Laufe der Zeit jeden einzelnen auf das berüchtigte „Tief" hinweisen.*

*Zahlen allein besagen wenig. Aber hier geht es darum, Unfällen, von denen man nach menschlichem Ermessen sagen kann, daß sie zu bestimmten Zeiten massiv auftreten, nach bester Erkenntnis vorzubeugen. Vor allem dann, wenn schon eine kleine Umstellung zum Mittagessen und vor allen Dingen verstärkte gegenseitige Aufmerksamkeit im Betrieb zwischen 10.30 Uhr und 12.30 Uhr und gegen 15.00 Uhr Schlimmes verhindern könnte, was zu anderen Schichtzeiten bei gleicher Belastung nicht auftritt.* Bo.

ThyssenKrupp Corporate Archives



# Hoher Besuch aus Argentinien

**Kürzlich besuchte uns der Gouverneur-Ministerpräsident der argentinischen Provinz Buenos Aires, Dr. Alende (Mitte). Nach Staatspräsident Frondizi gilt Dr. Alende als die politisch wichtigste Persönlichkeit seines Landes. Er war nach Deutschland gekommen als Gast der Ferrostaal AG und hatte den Wunsch geäußert, ein bedeutendes deutsches Hüttenwerk zu besichtigen. Bei dem Gang durch unsere Betriebe wurde Dr. Alende begleitet von seinem Sohn (rechts). Links B. von Hahn (Ferrostaal).**




# Lok beheizt Hochhäuser

**Auch während der Wintermonate ruhte auf unseren Baustellen nicht die Arbeit. Nicht nur, daß ein besonders milder Winter diesen Bestrebungen entgegenkam, auch wurde Vorsorge getroffen, um durch eventuellen Frosteinbruch keine Verzögerung zu erleiden hinsichtlich des Fertigstellungs-Termins der Wohnungen. So wurden sämtliche Baumaterialien vor Kälte und Nässe geschützt gelagert. Auch wurden die Bauten durch zeitliche Vorplanung in einen solchen Zustand versetzt, daß statt der kostspieligen Fensterverschließung durch Plastikvorhänge sofort die ordentliche Verglasung vorgenommen werden konnte.**

**Krönung unserer Winterbaumaßnahmen aber ist die Trockenheizung der im Bau befindlichen Hochhäuser im Knappenviertel durch eine Lokomotive der Bundesbahn. Eine noch absolut fahrtüchtige Lok, die über ein Anschlußgleis der Zeche Oberhausen mit eigener Kraft bis zu ihrem „Arbeitsplatz" fuhr, hat dadurch die Beheizung der Hochhäuser übernommen, indem der von ihr gelieferte Dampf in Heißwasser für das Zentralheizungsnetz umgewandelt wird. Dadurch wird sichergestellt, daß nicht nur die Verputzer ungestört von Witterungseinflüssen arbeiten, sondern auch die Maler schon bald darauf mit den Anstrich- und Tapezierarbeiten beginnen können. Den „Nachschub" für die Lok besorgt der „Kohlenkuli" des Bergbaus, der den Tender über ein Transportband beschickt. Ein Heizer sorgt dafür, daß die Lok immer unter richtigem Dampf steht.**

**Jetzt wird manch einem klar, was es mit der Lok an der Mellinghofer Straße für eine Bewandtnis hat. Oder hatte man schon geglaubt, daß dort der Bahnhof hin verlegt werden soll?**

# Eiserne Hochzeit bei Jabusch's



Nur wenigen Menschen ist es vergönnt, durch Freud und Leid den Lebensweg mehr als sechs Jahrzehnte zusammen gehen zu dürfen. Deshalb ist Eiserne Hochzeit, die unser Pensionär Gustav Jabusch und seine Frau Pauline in diesen Tagen feierten, ein bemerkenswertes Ereignis. Das geht schon daraus hervor, daß sowohl Bundespräsident Lübke als auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Meyers dem Jubelpaar in persönlichen Schreiben gratulierten und alles Gute wünschten. 89 Jahre alt sind Opa und Oma Jabusch. Vor 65 Jahren schlossen sie in Westpreußen, ihrer alten Heimat, den Bund fürs Leben. 1905 kam Gustav Jabusch mit seiner Frau und drei Töchtern nach Oberhausen, wo er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1932 als Verwieger im Hochofenbetrieb tätig war. Fünfzig Jahre bereits wohnen die Eheleute Jabusch auf der Höfmannstraße, fünfzig Jahre wäre jetzt auch der einzige Sohn geworden, der aus dem Kriege nicht zurückkehrte. Übrigens sind Oma wie auch Opa Jabusch noch von erstaunlicher Rüstigkeit; an allem, was in der Welt geschieht, sind sie lebhaft interessiert. Wir wünschen dem „eisernen" Jubelpaar noch viele schöne, gemeinsame Lebensjahre.

# Rund um den Lehrvertrag (Fortsetzung von Seite 30)

ausbildung laufend zu überdenken und in einen organischen Zusammenhang zu bringen. Ein gut geführtes Berichtsheft gibt eine Übersicht über den Verlauf des Ausbildungsweges während der gesamten Lehrzeit. Sinn der Führung des Berichtsheftes ist ferner, den jungen Menschen auch auf diesem Wege zu Ordnung und Sauberkeit, Interesse und Lernbereitschaft anzuhalten. Der Lehrbetrieb wiederum kann sich ebenso wie der Lehrer der Berufsschule durch Einsichtnahme von dem Erfolg seiner Ausbildungsbemühungen unterrichten.

In der Lehrabschlußprüfung hat der Lehrling den Nachweis zu erbringen, daß er sich die in der Ausbildungsordnung vorgesehenen Fertigkeiten und Kenntnisse angeeignet hat. Sie ist also eine Leistungsprobe, in der der junge Mensch die Reife zur Übernahme und Meisterung selbständiger und verantwortlicher Arbeitsaufgaben seines Berufsstandes nachweisen soll. Der Lehrbetrieb hat die Verpflichtung, den Lehrling zur Ablegung der Prüfung anzuhalten, ihn anzumelden, ihm die erforderliche Zeit für die Wahrnehmung der Prüfungstermine zu gewähren und auch die Prüfungsgebühren zu übernehmen.

So gewichtig die Ausbildungspflichten der Lehrfirma sind, so umfangreich sind die Pflichten, die der Lehrling selbst auf sich nimmt. Auch von diesen seien nur diejenigen aufgezählt, die dem Lehrverhältnis das Gepräge geben.

Umfassend und grundsätzlich ist die Lernpflicht des jungen Menschen, d. h., er hat alles zu tun, um das Ausbildungsziel zu erreichen. Ein Merkmal sollte deutlich herausgestellt werden, das den Lehrling während der Zeit seiner Ausbildung auszeichnen soll: Er muß nach besten Kräften versuchen, selbst aktiv und interessiert auf die Erreichung des Zieles hinzuwirken.

In der Ausübung seiner Arbeiten und Obliegenheiten, in die er mit erläuternden Erklärungen über Sinn, Ablauf und Ziel der Aufgaben eingeführt wird, hat er immer gewissenhaft zu sein.

Ein gewichtiges Kapitel ist namentlich bei handwerklichen und technischen Berufen die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften, denn sie sollen in Verbindung mit einer positiven Haltung zum Arbeitsschutz Gesundheit und Leben des Schaffenden schützen.

Dem Ausbildungsauftrage des Lehrbetriebes steht die Achtungs- und Anstandspflicht des Lehrlings gegenüber. Er soll seinem jeweiligen Vorgesetzten Achtung und Vertrauen entgegenbringen, denn von ihm kann und soll er viel lernen. Es muß jederzeit sein Bestreben sein, die in seinem erwählten Beruf geforderten Tugenden zu entwickeln und zu pflegen.

Auch in der Berufsschule hat er stets Lernbereitschaft, rege Beteiligung am Unterricht zu zeigen und Sorgfalt bei der Erledigung der aufgetragenen Hausaufgaben an den Tag zu legen.

Daneben sollte der Lehrling gern die Anregungen aufgreifen, die der Lehrbetrieb ihm zur Ergänzung der betrieblichen Ausbildungsbemühungen empfiehlt; das können Lehrgänge, Fachvorträge, Besichtigungen u. a. sein, die die Firma, örtliche oder überregionale Institutionen veranstalten. Die zunehmende Freizeit infolge der verkürzten Arbeitszeit sollte der Lehrling aus eigenem Antrieb nutzen, um sein Wissen in geeigneten Bildungsveranstaltungen zu vermehren und zu vertiefen.

Der Umgang mit betrieblichen Werten (z. B. Werkzeug, Maschinen, Ersatzteile) ist von hoher pädagogischer Bedeutung; dabei sollen vor allem Verantwortungsbewußtsein und Kostendenken geweckt werden.

Die Berichtsheftführung wurde bereits ausführlich dargestellt; im Rahmen der Lehrabschlußprüfung wird das Berichtsheft mit zur Leistungsbeurteilung herangezogen.

Am Ende der Ausbildungszeit steht die bereits beschriebene Lehrabschlußprüfung vor der neutralen Prüfungskommission der Industrie- und Handelskammer.

Auch die Eltern bzw. der Inhaber der elterlichen Gewalt werden im Lehrvertrag ausdrücklich verpflichtet, aktiv und fördernd auf den Gang der Lehre Einfluß zu nehmen. Hierzu gehört, daß der Sohn, die Tochter oder der anvertraute junge Mensch im positiven Sinne zur Erfüllung der übernommenen Aufgaben angehalten wird. Durch Kontrollen der Berichtsheftführung, Pünktlichkeit des Dienstbeginns, des Berufsschulbesuchs, der Teilnahme an Vorträgen, Übungsabenden u. a. sowie Überwachung der Hausaufgaben ist eine gute Einwirkung möglich. Regelmäßige Rücksprachen mit dem Ausbildungsleiter und dem Berufsschullehrer können wertvolle Aufschlüsse für die Ausbildung ergeben. Die Beziehungen Elternhaus und Lehrbetrieb können nicht eng genug sein zur Erzielung des angestrebten Ausbildungserfolges. Durch Aussprachen mit ihrem Kind und häufigere Nachfragen über das Ausbildungsgeschehen kann die persönliche Anteilnahme der Eltern unterstrichen werden. Um die übernommenen Pflichten, aber auch die Rechte zu kennen, lohnt es sich schon sehr, sich mit dem Inhalt des Lehrvertrages vertraut zu machen. Im Besitz der Eltern bzw. der Inhaber der elterlichen Gewalt und des Lehrlings befindet sich ein Exemplar des Lehrvertrages. Es hat also jeder die Gelegenheit, sich zu informieren.

Corporate Archives

# HOAG-Chronik

**WERK OBERHAUSEN**

**Geburten:**

11. 12.:
Klaus Pöller, Tochter Jutta

26. 12.:
Werner Kaaden, Tochter Martina

28. 12.:
Bruno Spieles, Sohn Andreas

30. 12.:
Hans Müller, Sohn Frank; Manfred Röhse, Tochter Marion

31. 12.:
Werner Kornell, Sohn Peter; Ferdinand Meyer, Tochter Martina; Rudolf Smaak, Sohn Michael

2. 1.:
Eugen Hahnen, Tochter Judith; Bernhard Ombeck, Tochter Andrea; Johannes Saß, Tochter Christa; Dieter Zimmermann, Tochter Silvia

3. 1.:
Paul Ochwat, Sohn Klaus; Hans Tepaß, Sohn Detlef

4. 1.:
Horst Erbing, Tochter Barbara; Karl Hemprich, Sohn Bernd

5. 1.:
Horst Dupke, Sohn Frank

6. 1.:
H.-Jürgen Baeumer, Tochter Sabine; Gustav von Dohm, Sohn Jörg; Franz Rödel, Sohn H.-Michael

7. 1.:
Fritz Landers, Sohn Wolfgang; Gustav Schroer, Sohn Norbert

8. 1.:
Werner Boos, Tochter Regina; Paul Szydlowski, Sohn Klaus

9. 1.:
Alfred Grabowski, Sohn Norbert; Werner Linde, Sohn Andreas

10. 1.:
Richard Böhler, Sohn Joachim; Theodor Große, Tochter Elisabeth

11. 1.:
Hans-Günter Arend, Tochter Alice

12. 1.:
Alfred Kelboh, Tochter Elke; K.-Heinz Verhülsdonk, Tochter Elke

13. 1.:
Jakob Walter, Tochter Heike

14. 1.:
Werner Fleischmann, Sohn Thomas

15. 1.:
Dieter Eder, Tochter Cornelia; Horst Kornell, Tochter Roswitha

16. 1.:
Jakob Heinrichs, Sohn Thomas

**Eheschließungen:**

2. 12.:
Friedbert Lechtleitner mit Brigitte Machai

16. 12.:
Gerhard Hensel mit Helga Maßberg

17. 12.:
Walter Meier mit Bärbel Krieg

23. 12.:
Ernst Hermann mit Hilde Dämgen

29. 12.:
Alfons Hauptmann mit Wilhelmine Schepper

30. 12.:
Fritz Kriwat mit Edeltraut Kalliski; Hermann Sauer mit Ingrid Mohs; Theodor Schmitz mit Gisela Frese; Hermann Weber mit Elfriede Krause

5. 1.:
Werner Kraus mit Wilma Schulthoff

6. 1.:
Winfried Schemann mit Irene Schyma; Helmut Straus mit Hildegard Gabbe

9. 1.:
Adam Kamchen mit Anita Pawlowski

10. 1.:
Anton Peelen mit Elisabeth Roelvinck

14. 1.:
Bruno Bönig mit Gisela Grubert

17. 1.:
Egon Bachmann mit Ursula Wachowiak

21. 1.:
Horst Jurisch mit Maria Gaj

23. 1.:
Herbert Böhm mit Helga Scholten

**WERK GELSENKIRCHEN**

**Geburten:**

4. 1.:
Norbert Gorzka, Tochter Cornelia

10. 1.:
Rainer Pfromm, Sohn Rainer

14. 1.:
Karl-Heinz Schenk, Sohn Thomas

15. 1.:
Karl-Heinz Justen, Sohn Detlev

18. 1.:
Theodor Unglaube, Sohn Rainer und Sohn Martin

24. 1.:
Herbert Wenzek, Tochter Petra

25. 1.:
Richard Wydmuch, Tochter Sabine

27. 1.:
Karl-Heinz Philberg, Sohn Manfred

**Eheschließungen:**

8. 12.:
Manfred Rietz mit Lieselotte Raddatz

16. 12.:
Erich Mrotzek mit Martha Zerba

20. 1.:
Rudi Krispin mit Liane Pluska

21. 1.:
Erich Mostolta mit Ingrid Will

27. 1.:
Heinz-Egon Hermanns mit Maria Gossling

## Neueinstellungen und Ernennungen

**Neueinstellungen:**

24. 11.:
Dipl.-Kaufm. Willi Kocks, Assistent Finanzen und Rechnungswesen

2. 1.:
Bernhard Pollok, Betriebsassistent Drahtseilerei, Werk Gelsenkirchen;
Dipl.-Ing. Joachim Uhlig, 1. Assistent, Siemens-Martin-Werk I; Ernst Voswinkel, Werkmeister Mehrfachdrahtzug, Werk Gelsenkirchen

1. 2.:
Dr.-Ing. Horst Kreysing, Assistent Technische Leitung, Werk Gelsenkirchen

**Ernennungen:**

1. 12.:
Helmut Backes, Meister, Thomasstahlwerk

2. 1.:
Paul Blaszczyk, Meister, Siemens-Martin-Stahlwerk I; Franz Dziuba, Meister, Siemens-Martin-Stahlwerk; Johann Müller, Meister, Abteilung Verkehr

## Jubilare im Monat Februar

**40jähriges Dienstjubiläum:**

Paul Flegel, Block- und Profilwalzwerke
Bernhard Goch, Abteilung Verkehr
Paul Jaekel, Wasserwerk
Franz Klaumannsmöller, Abteilung Verkehr
Johann Kretzer, Block- und Profilwalzwerke
Otto Lambert, Wärmeabteilung
Fritz Lenord, Kaufmännischer Wiegedienst
Georg Roß, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke
Wilhelm Strompen, Sozialbetriebe
Heinrich Wahl, Abteilung Verkehr

**25jähriges Dienstjubiläum:**

Werner Brölhorst, Werkschutz
Sigmund Doberstein, Blechwalzwerk
Otto Drönner, Sozialbetriebe
Karl Erben, Abteilung Verkehr
Karl Hochleitner, Abteilung Verkehr
Bernhard Justen, Hochöfen
Friedrich Kl. Vogelpoth, Maschinenbetrieb
Heinz Lepke, Versuchsanstalt
Wilhelm Meister, Siemens-Martin-Stahlwerk
Jakob Petry, Siemens-Martin-Stahlwerk
Heinrich Ruhrmann, Werkschutz
Johann Schindewolf, Werk Gelsenkirchen

## Sie gingen von uns

21. 12.:
Johann Heinz, Pensionär; Theodor Masanneck, Pensionär

24. 12.:
Albert Hader, Pensionär

27. 12.:
Ernst Kolkmann, Pensionär

29. 12:
Gustav Lange, Pensionär

31. 12.:
Paul Gehrmann, Pensionär

1. 1.:
Ernst Albrecht, Pensionär

4. 1.:
Josef Hillmann, Pensionär

5. 1.:
Eduard Reiche, Pensionär

8. 1.:
Erich Neumann, Pensionär

10. 1.:
Karl Laakes, Pensionär; Jakob Weiler, Pensionär

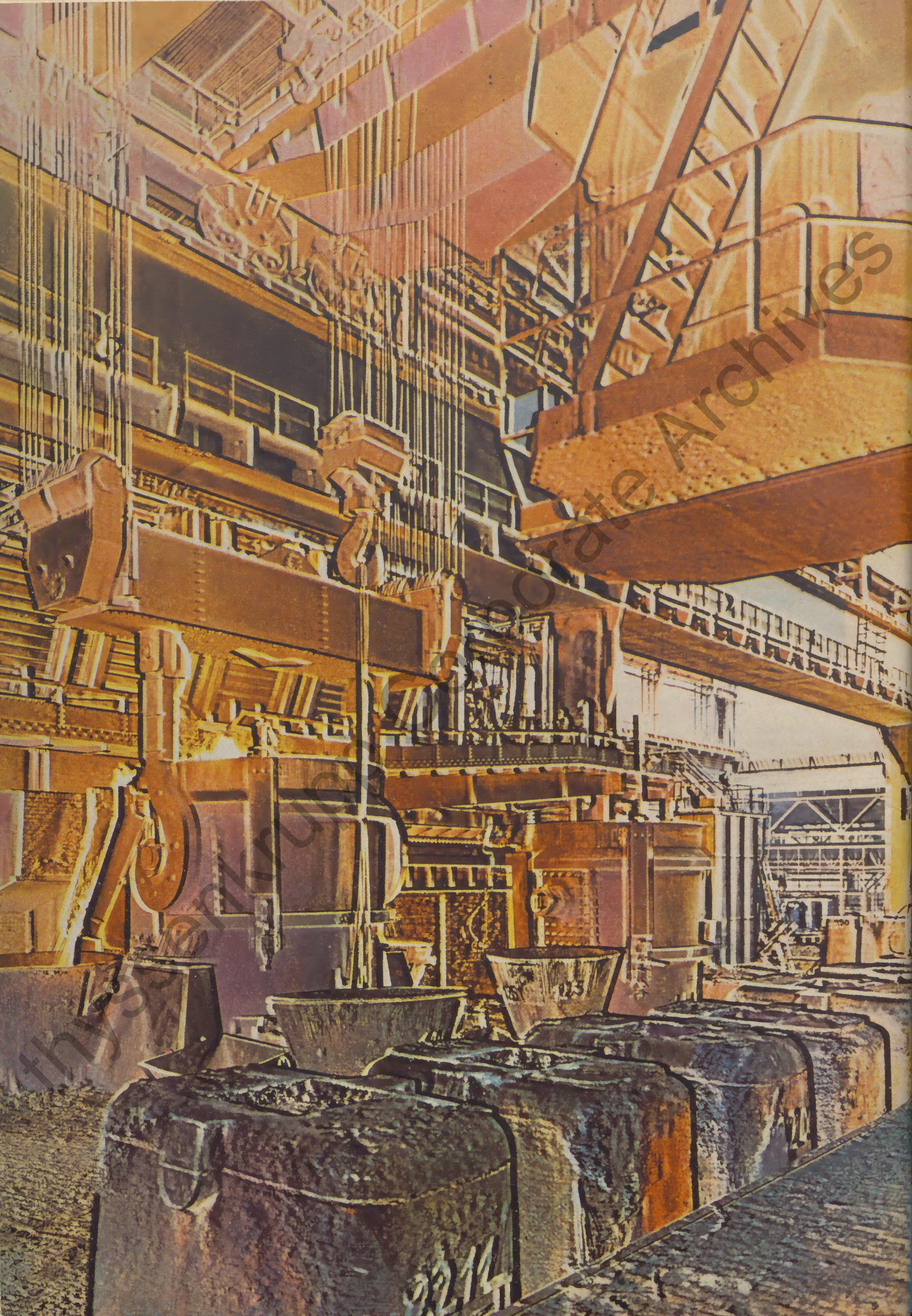
12. 1.:
Friedrich Meier, Pensionär

14. 1.:
Karl Strebl, Pensionär

23. 1.:
Albert Böting, Betriebsabrechnung; Josef Fallböhmer, Pensionär

29. 1.:
Hubert Breit, Pensionär

thyssenkrupp Corporate Archives


Thyssenkrupp Corporate Archives